

Waldemar Stange

# Warum Partizipation?

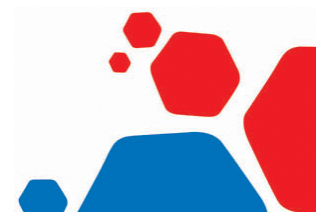
## Begründungsversuche

### Baustein A 1.2

Veröffentlichung im Rahmen der Beteiligungsbausteine des  
Deutschen Kinderhilfswerkes e.V. ([www.kinderpolitik.de](http://www.kinderpolitik.de))

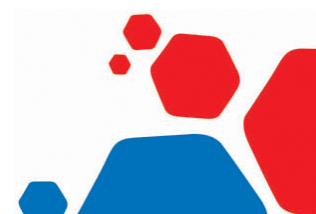
Entwicklung und wissenschaftliche Leitung:  
Professor Dr. Waldemar Stange, Leuphana-Universität Lüneburg

Lüneburg/Berlin 2002



## Inhalt

1. Überblick	3
2. Die Negativargumentation: Die Gesellschaft verliert ihre Kinder – Politikdistanz und Politikabstinenz von Kindern und Jugendlichen	3
2.1 Vorbemerkung: das Zukunftsargument	3
2.2 Kinder und Jugendliche als Betroffene: ohne Einfluss auf politische Entscheidungen	4
2.3 Folgen: Politikdistanz und Politikabstinenz von Kindern und Jugendlichen	5
3. Partizipation als Ressource für Gesellschaft und Demokratie: Engagementbereitschaft von Kindern und Jugendlichen – die Positivargumentation	7
3.1 Ambivalente Ergebnisse: Engagement ist möglich – Kinder und Jugendliche wollen beteiligt werden	7
3.2 Kinder und Jugendliche sind eine Ressource für die Weiterentwicklung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft	9
3.3 Mangelnde Nutzung der Ressource Partizipation	9
3.4 Belebung des Gemeinwesens	10
3.5 Die Konsequenz: Nahraumdemokratie und Bürgergesellschaft	11
4. Das neue Planungsparadigma: Beteiligung, Partizipation und Mitbestimmung in der Jugendhilfe	12
4.1 Einschränkungen in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen	12
4.2 Lebensweltorientierte Planung	13
4.3 Diskursiver und kommunikativer Planungsansatz	13
4.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerung: Qualität und Effizienz kommunaler Planungen und Entscheidungen verbessern	15
5. Das Integrationsargument	15
6. Das Nützlichkeitsargument: Was haben Gesellschaft und die Kommune noch davon?	17
6.1 Konfliktminimierung im Gemeinwesen – Vandalismusprophylaxe	17
6.2 Stabilisierung und Legitimation	17
6.3 Partizipation als Standortfaktor	18
6.4 Effektivierung des politischen Systems: Regelung, Kanalisierung, Optimierung	19
6.5 Rekrutierungs- und Ausbildungsfunktion: Selektion des zukünftigen politischen Personals	19
7. Das Kompetenzargument: Können die das?	19
7.1 Entwicklungspsychologische Aspekte	19
7.2 Kinder profitieren: Partizipation als individuelle Bildungschance	21
7.3 Das Praxisfeldargument: Beteiligung ist in allen Aktionsfeldern möglich	22
7.4 Das Themenargument: Partizipation ist zu allen Themen (Inhalten) möglich	22
7.5 Das Zielgruppenargument: Partizipation ist mit allen Gruppen möglich	23
8. Zusammenfassung	24
9. Literatur	26



## 1. Überblick

In diesem Baustein soll begründet werden, warum die Partizipation von Kindern und Jugendlichen bedeutsam, ja unverzichtbar ist für das Aufrechterhalten und Weiterentwickeln einer demokratischen Gesellschaft.

Das Leben im 21. Jahrhundert wird schon jetzt – und umso mehr gilt dies für die Zukunft – geprägt vom schnellen technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Der Einzelne fühlt sich oft überrollt und diesem Wandel ohne Mitwirkungsmöglichkeiten ausgeliefert. Ihm bleibt nur, sich so gut als möglich anzupassen. Entscheidungsträger strahlen wenig Souveränität und Vertrauen aus, es fehlt an glaubwürdigen Visionen. So kann es nicht verwundern, dass gerade junge Menschen mehr und mehr das Interesse an politischen Fragen verloren haben und längst auf Distanz gegangen sind.

Dabei wäre ein großer Teil der jungen Generation durchaus dafür zu gewinnen, sich für das Gemeinwohl zu engagieren – wenn z. B. ansprechende Beteiligungsformen angeboten würden. Dieses schlummernde Potenzial an Engagement zu überführen, wäre eine ebenso wichtige wie lohnende Aufgabe für die nähere Zukunft.

Kinder und Jugendliche könnten mit ihrer Kreativität und ihren speziellen Kompetenzen durchaus zu einer Verbesserung der Qualität politischer Entscheidungen beitragen. Geeignete Instrumente und Formen der Beteiligung, von denen auch Erwachsene profitieren würden, wären jedoch Voraussetzung dafür.

## 2. Die Negativargumentation: Die Gesellschaft verliert ihre Kinder – Politikdistanz und Politikabstinentz von Kindern und Jugendlichen<sup>1</sup>

3

### 2.1 Vorbemerkung: das Zukunftsargument

*Kinderpolitik* und die in diesem Band skizzierten Konzepte einer *Alltagsdemokratie* für Kinder und Jugendliche müssen davon ausgehen, dass die seit dem Jahre 2000 geborenen Kinder größtenteils um das Jahr 2080 herum noch leben werden. Dies ist selbstverständlich eine Annahme, wobei davon ausgegangen wird, es bleibt der gegenwärtigen Lebenserwartung in der Europäischen Union. Selbstverständlich können neue medizinische Erkenntnisse zu einer wesentlichen Verlängerung des Lebens führen; andererseits könnten eine Zunahme von Umweltproblemen, ein nukleares Inferno oder andere Katastrophen diese Lebenserwartung drastisch senken. Vieles spricht jedoch dafür, dass die Kinder vom Ende des 20. und Beginn des 21. Jahrhunderts um das Jahr 2060 herum noch politisch, sozial und ökonomisch aktiv sind. Nach seit Jahren überaus stabilen Bevölkerungsprognosen der Vereinten Nationen könnten um diese Zeit herum wohl zwischen 9,5 und 10 Milliarden Menschen die Erde bevölkern. Dies erfordert mittel- und langfristig die Entwicklung einer globalen „Weltinnenpolitik“, aus der schon jetzt Konsequenzen für das Aufwachsen von Kindern in der Bundesrepublik, einem der reichen Ballungsräume dieser Welt, gezogen werden sollten.

---

<sup>1</sup> In diesem Beitrag wurden (insb. in 2., 3., 4.) teilweise Materialien aus einer mit Dieter Tiemann (†1998) gemeinsam geschriebenen Expertise für den 10. Kinder- und Jugendbericht verarbeitet (Stange, Waldemar/Tiemann, Dieter: Alltagsdemokratie und Partizipation: Kinder vertreten ihre Interessen in Kindertagesstätte, Schule, Jugendarbeit und Kommune. In: Glinka, Hans-Jürgen/Neuberger, Christa/Schorn, Brigitte/Stange, Waldemar/Tiemann, Dieter u. A.: Kulturelle und politische Partizipation von Kindern – Interessenvertretung und Kulturarbeit für und durch Kinder, Leske und Budrich, Opladen 1999, Sachverständigenkommission Zehnter Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.): Materialien zum Zehnten Kinder- und Jugendbericht, Band 3.

Eine an den Alltagsbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientierte Kinderpolitik muss von vielfältigen Wandlungsprozessen in der Zukunft ausgehen. Politik, die auf Wandel vorbereiten will, muss – da allein die Tatsache, nicht aber Richtung und Geschwindigkeit des Wandels bekannt sind – auf „alternative Zukünfte“ vorbereiten. Menschen können sich auf diese Transformationsprozesse einstellen und Kriterien entwickeln, die ihnen eine Entscheidung über die Qualität des Wandels ermöglichen, indem sie verschiedene Zukunftsszenarien entwickeln. Eine verantwortungsvolle zukunftsorientierte Kinder- und Jugendpolitik sollte deshalb Kinder und Jugendliche auf mehrere Zukunftsalternativen vorbereiten, insbesondere auf Probleme, die durch schnellen Wandel hervorgerufen werden – in der Hoffnung, dass ein antizipierter Wandel die Chance für eine politische Steuerung offen hält.

Die in diesem Band entwickelten Konzepte einer Alltagsdemokratie für Kinder und Jugendliche erhalten so eine besondere Zukunftsdimension. Das selbstverständliche Mitarbeiten von Kindern und Jugendlichen an demokratischen Zukunftsentwürfen dürfte eine hervorragende Form der Antizipation von Wandlungsprozessen sein.

*Alltagsdemokratie* – darunter ist zu verstehen die permanente demokratische Abstimmung über die Qualität dieses Transformationsprozesses auch im Kleinen („Nahraumdemokratie“) und durch alle, die davon betroffen sein werden – ist nun von außerordentlicher Bedeutung, da für die nächsten Jahrzehnte nicht eine einzige Welle von Veränderungen, sondern eher eine Serie nachhaltiger Erschütterungen zu erwarten steht. Die Elemente der sich abzeichnenden nachindustriellen globalisierten Gesellschaft werden, statt sorgfältig aufeinander abgestimmt, höchst widersprüchlich und voller Brüche und Gegensätze sein. Für die Kinder von heute gibt es kein komplettes Schema wie in traditionellen Gesellschaften, das sie übernehmen können.

Vieles spricht dabei für die Verbindung von Antizipation und Partizipation. Eine vor dem Hintergrund dieses Argumentationsmusters sich entwickelnde neue Kinderpolitik mit einer daraus abgeleiteten Partizipationspädagogik ist zu verstehen als einer von vielen möglichen Beiträgen zu dem Versuch, die Instrumente des Wandels unter eine demokratische Kontrolle zu bringen – verbunden mit der Hoffnung, der Entwurf „alternativer Zukünfte“ wecke ein politisches Potenzial, das wünschenswerte Zukünfte realisieren und unerwünschte abwehren kann. Eine solche Kinderpolitik<sup>2</sup> ist also ein Projekt der Moderne, ein Bestandteil des jahrhundertelangen Prozesses der Aufklärung, eines immer noch höchst aktuellen Politikkonzeptes.

## 2.2 Kinder und Jugendliche als Betroffene: ohne Einfluss auf politische Entscheidungen

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihres Alltags ist aus einem weiteren Grund wichtiger als je zuvor. Der politisch weitgehend ungesteuerte Wandel einer industriellen in eine nachindustrielle Gesellschaft auf dem Hintergrund der Globalisierung schafft insgesamt erhebliche Strukturkonflikte, die nicht mit Mitteln des Sozialstaates in einer Weise abgefedert werden können, wie dies noch in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts der Fall war. Dies hat gravierende Auswirkungen auf den Alltag aller Kinder. Hinzu kommt, dass sich soziale Milieus mit ihren selbstverständlichen Zugehörigkeiten aufgelöst haben und auflösen. Der Einzelne ist zunehmend auf sich selbst verwiesen und muss als Einzelner sehen, wie er sein Leben bewältigt. Dies gilt zunehmend auch für Kinder, was z. B. bereits im 10. Kinder- und Jugendbericht ausführlich erörtert wurde.

---

<sup>2</sup> Wenn hier von Kindern oder Kinderpolitik geredet wird, ist immer die Definition der UN-Kinderrechtskonvention gemeint (Kinder = Menschen bis 18). Es sind also Jugendliche immer eingeschlossen.

Thomas Rauschenbach warnt in diesem Zusammenhang vor der Gefahr einer sozialen Implosion durch die gegenwärtig zu beobachtenden Modernisierungsschübe. Die Freisetzung aus den lebensweltlichen Bindungen der Herkunftsmilieus sowie der Verlust ehemals wegweisender und kollektiv abgesicherter Geländer der Lebensführung bei gleichzeitiger Ausweitung individueller Gestaltungsmöglichkeiten, das nicht mehr entwirrbare Neben- und Ineinander erfolgs- und verständigungsorientierter Handlungsmuster ließen das soziale Handeln, die naturwüchsigen Gesellungsformen und Beziehungen in hohem Maße ungewissheitsbelastet und riskant werden (Rauschenbach 1994, S. 89).

Vor diesem Hintergrund ist selbstkritisch zu fragen, ob die Probleme, die durch den raschen Prozess der Enttraditionalisierung der Gesellschaft für Kinder entstanden sind, ernst genug genommen worden sind. Es muss die Frage gestellt werden, ob nicht der gesamte Prozess der politischen Sozialisation – dies ist das Hineinwachsen junger Menschen in die politische Kultur einer Gesellschaft – tiefgreifend gestört ist. Wilhelm Heitmeier schlug vor, in diesem Kontext mit einem interdisziplinären Desintegrationstheorem zu arbeiten. Die Analyse müsse sich auf die Grundmechanismen der hoch- industrialisierten, durchkapitalisierten Gesellschaften konzentrieren, die sich durch die oben erwähnten temporeichen ökonomischen und technologischen Modernisierungsprozesse auszeichnen (Heitmeier 1994, S. 29 ff.).

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Kinder und Jugendliche sind Betroffene massiven gesellschaftlichen Wandels (Globalisierung, Technologie, demografische Entwicklung, Migrationsentwicklung, Arbeitslosigkeit und Überlastung der sozialen Sicherungssysteme usw.). Als Betroffene dieser Entwicklungen sind sie zu hören und zu beteiligen!

Kinder und Jugendliche sind allerdings nicht nur von den erwähnten schnellen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen und massiven Veränderungen ihrer Lebenswelt und ihres Lebensumfeldes betroffen, sondern auch von darauf bezogenen politischen Entscheidungen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene (Reduzierung von Angeboten, Schließung von Einrichtungen, Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse, Beeinträchtigungen im Bildungssektor, Verschwinden von Spielräumen und Brachflächen usw.). Sie sind ihnen weitgehend passiv ausgeliefert, Ohnmachtsgefühle und Einschätzungen mangelnder Selbstwirksamkeit („Kontrolle der eigenen Lebensbedingungen“) eingeschlossen. Gelegenheiten haben sie kaum, diese Entscheidungen zu beeinflussen und ihre eigene Zukunft aktiv mitzugestalten.

### **2.3 Folgen: Politikdistanz und Politikabstinenz von Kindern und Jugendlichen**

Die schnellen gesellschaftlichen Wandlungsprozesse haben Folgen. Empirische Erhebungen zeigen eine voranschreitende Entfremdung der jungen Menschen vom politischen System, das nachlassende politische Interesse jüngerer Menschen drückt sich in einer sinkenden Wahlbeteiligung der Erstwähler aus usw..

Bereits die Ergebnisse einer schon etwas zurückliegenden Studie (die aber zu den größten Jugendstudien zählt, die je in Europa durchgeführt wurden) waren ein Signal und in diesem Zusammenhang aufschlussreich und ernüchternd. Europäische Teenager verbanden schon damals einen abgeklärten Realismus mit Enttäuschung, Passivität und einem Mangel an Visionen (BBDO-Werbeagentur 1993; vgl. Schulze 1992). Eine Forsa-Umfrage im Auftrag des Greenpeace-Magazins bei 14- bis 18-Jährigen zeigte dann, dass sich 80 % Sorgen um ihre Zukunft machten, Mädchen dabei noch stärker als Jungen. Umweltprobleme standen dabei an erster Stelle, und zwar besonders Klimaveränderungen, Waldsterben, Massentierhaltung und Atomkraftwerke. 56 % fürchteten, von den Erwachsenen unlösbare Probleme hinterlassen zu bekommen.

Die Zahlen, so Klaus Hurrelmann in einem Kommentar zur Untersuchung, offenbarten ein erschreckend hohes Maß an Pessimismus und Ängsten bei einer Generation, die sich mit Mut und Lust auf ihre Zukunft stürzen müsste. Sie reagierten damit auf eine Erwachsenengeneration, die Probleme und Krisen leugnet und als standfeste Politik ausgibt (Hurrelmann 1997, S. 24).

Alle späteren Untersuchungen konnten dieses Bild nicht wirklich revidieren, sondern deuten auf relativ konsistente Trends hin: Das Interesse von Jugendlichen an politischen Fragen ist weiter kontinuierlich gesunken, von 57 % im Jahr 1991 auf 34 % im Jahr 2002 (Deutsche Shell 2002, S. 21 ff.). Die Wahlbeteiligung der Erstwähler wird schwächer. Bei den Wahlen der zurückliegenden Jahre gab es bei den Jungwählern zwischen 18 und 24 Jahren eine um ein Viertel niedrigere Wahlbeteiligung als bei der Gesamtbevölkerung (Deutsche Shell 2002, S. 23). Nur 47 % (West) bzw. 48 % (Ost) der 18- bis 23-Jährigen bringen dem Bundestag noch Vertrauen entgegen (Pickel, 2002, S. 131).

Ein weiteres Beispiel: Auch in der neueren Bertelsmann-Studie „mitWirkung!“, bei der 14.000 Jugendliche in Deutschland befragt wurden, lassen sich bei Jugendlichen vielfältige Motive politischer Distanz konstatieren: Über die Hälfte (52,5 %) der Jugendlichen ist mit der Politik unzufrieden, nur 9,4 % sind zufrieden. 68,5 % bejahen die Aussage, dass Politiker Jugendliche nicht ernst nehmen würden. Wenn man die teilweise Zustimmung dazu nimmt, erhöht sich dieser Anteil sogar auf 90,1 %. Und der Aussage, dass in der Politik vieles verbessert werden müsse, stimmen 79,8 % zu. (Bertelsmann Stiftung 2005, S. 26)

Diese Aussagen dürfen aber nicht verwechselt werden mit mangelnder Engagementbereitschaft (dazu der nächste Abschnitt).

Festzuhalten ist lediglich, dass fast alle Jugendstudien der letzten Jahre zeigen, dass die Distanz zu Institutionen und insbesondere zu Großorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden usw. erheblich zugenommen hat. Insgesamt kann von einer massiven Vertrauenskrise junger Menschen gegenüber den Institutionen gesprochen werden. Die Kluft zwischen der unmittelbaren persönlichen Betroffenheit in den eigenen Lebensverhältnissen und dem Nichtverstehen parlamentarischer Entscheidungsprozesse scheint größer zu werden. Immer mehr Bürger, nicht nur junge Menschen, beteiligen sich nicht mehr aktiv an der Gestaltung von Demokratie in Parteien, Kirchen, Verbänden und anderen Groß-Organisationen. Alles in allem ist ein weiter wachsender Rückzug aus großen sozialen Organisationen zu befürchten.

Unglücklicherweise hat dies Auswirkungen auch auf die Ebene der Politik in der Kommune. Nur 13,6 % der Jugendlichen nutzen die Beteiligungsmöglichkeiten in ihrer Kommune oft, 60,1 % aber sehr selten (Bertelsmann Stiftung 2005, S. 27 f.). Kinder und Jugendliche haben deshalb geringere Chancen, Demokratie als Lebensform gerade im kommunalen Nahraum zu lernen. Kinder und Jugendliche wissen allgemein wenig über das demokratische Leben in ihrem Nahbereich. Sie lernen nur wenig, sich in einem demokratisch verfassten Alltag zu bewegen und können nicht sehen, was ihre Einmischung in Gesellschaft, Politik und Kultur bewirken könnte. Ulrich Beck wies schon sehr früh darauf hin, dass angesichts der versprochenen, aber nicht gelebten Demokratie Jugendliche eine hochpolitische Politikverleugnung betrieben:

„Jugendliche bewegt, was Politik weitgehend ausklammert: Wie stoppt man die globale Umweltzerstörung? Wie kann der Hoffnungstod der Arbeitslosigkeit – der gerade den Kindern des Wohlstands droht! – abgewendet, überwunden werden? Wie mit der AIDS-Gefahr leben und lieben? Alles Fragen, die durch die Raster der großen politischen Organisationen fallen ... Sie hassen Vereine mit ihren Formalismen und ihrem – wie sie es sehen – verschrobenen und verlogenen ‚selbstlosen‘ Engagement und praktizieren eine Abstimmung mit den Füßen, deren politische Brisanz schon von den DDR-Obersten unterschätzt wurde: Sie bleiben einfach weg“ (Beck 1997, S. 12 f.).

### 3. Partizipation als Ressource für Gesellschaft und Demokratie: Engagementbereitschaft von Kindern und Jugendlichen – die Positivargumentation

#### 3.1 Ambivalente Ergebnisse: Engagement ist möglich – Kinder und Jugendliche wollen beteiligt werden

Die bisherigen Ausführungen sind aber nicht eindimensional zu interpretieren. Der Politikdistanz steht eine hohe Bereitschaft von Jugendlichen gegenüber, sich für gesellschaftliche Belange einzubringen. Der Freiwilligensurvey von 1999 zeigte, dass Jugendliche sich stärker als jede andere Altersgruppe ehrenamtlich engagieren, dass fast zwei Drittel der bislang Inaktiven ebenfalls zu gesellschaftlichem Engagement bereit wären. Hier liegen große Engagementpotenziale brach (von Rosenblatt 2000, S. 149).

Die Bertelsmann Stiftung versuchte deshalb mit einem groß angelegten Projekt einzugreifen. Das Projektvorhaben „mitWirkung!“ griff das „Missverhältnis zwischen Politikverdrossenheit und Engagementpotenzial auf, um junge Menschen durch Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen an die Demokratie heranzuführen“ (Bertelsmann Stiftung 2004a). Dabei wird die konkrete Mitwirkung an allen die Jugendlichen betreffenden Entscheidungen als Ausdruck eines modernen kommunikativen Planungsansatzes und die eine Seite der Medaille gesehen. Die andere ist der Aspekt der damit verbundenen politischen Sozialisationsprozesse, die Vorbereitung auf das politische Erwachsenenleben und die zukünftige Rolle als Bürger in einer erweiterten Zivilgesellschaft.

Partizipationsangebote sind sehr stark mit dieser Hoffnung verbunden, dass durch eine umfassende Mitwirkung im kommunalen Raum Kinder und Jugendliche auf das politische Erwachsenenleben vorbereitet werden. Lokale Erfahrungen und Alltagsdemokratie als Regelfall werden als positive Grundlage für die spätere Auseinandersetzung mit der „großen“ Politik gesehen. Man hofft, es komme zu einer Förderung von Engagementbereitschaft bei der Lösung kommunaler Probleme, bei Projekten, in Kinder- und Jugendgremien usw. zur Förderung von Vertrauen in die demokratischen Institutionen zur Stärkung des Glaubens an die eigenen Einflussmöglichkeiten und die Veränderbarkeit der eigenen Lebensbedingungen.

#### **Fallbeispiel:**

Im Zuge eines Modellprojektes zur kinderfreundlichen Dorfentwicklung wurde in Schafflund eine Zukunftswerkstatt mit einer 4. Klasse der Grundschule „Schafflund für Kids“ durchgeführt, um die Vorstellungen von Kindern zur Dorfentwicklung zu erfahren und qualitatives Material zu gewinnen. Dabei wurde folgende Frage gestellt: „Stell dir vor, in Deinem Dorf wird etwas für Kinder geplant, z. B. ein Spielplatz, eine Sportanlage oder ein Fahrradweg. Meistens arbeiten an so einer Planung Erwachsene mit. Würdest du gerne mit anderen Kindern bei der Planung mitsprechen, um deine Ideen und Vorschläge einbringen zu können?“ Alle Kinder kreuzten die Spalte „ja“ an und ergänzten dies um Argumente wie: weil wir auch mitsprechen wollen weil wir Kinder bessere Ideen haben weil es mir Spaß macht weil ich finde, dass Kinder mitplanen sollten.

Beteiligung und Mitwirkung scheinen offenbar die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für das eigene Gemeinwesen zu erhöhen. Folgende Beispiele mögen das illustrieren:

In Schafflund waren 20 % der Schüler spontan bereit, sich in ihrer Freizeit am Umbau ihres Schulhofes zu beteiligen. Sie wurden wirklich und handfest aktiv und bauten den Schulhof mit Unterstützung von Fachleuten, Landschaftsarchitekten usw. um.

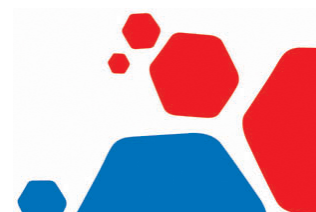
Da eine Finanzierungslücke bei der Realisierung der Schulhofplanung entstand, entwickelten die Schüler selbst die Idee, an einem „Dienstleistungstag“ ihre Arbeitskraft in der Region zur Verfügung zu stellen. Durch Pflege des Friedhofes, Hilfsarbeiten bei Baufirmen, in Gärtnereien, in der Käserei usw. erarbeiteten einige Hundert Schüler seinerzeit in einer ersten Runde schon 13.000 DM in ihrer Kommune, die sie für den Umbau ihres Schulhofs zur Verfügung stellten. Sie nahmen auch ihren Jugendklub in der Schule selber in die Hand und vieles andere mehr.

Es darf also mit Fug und Recht gesagt werden, dass die Jugendlichen damit Verantwortung übernommen haben. Dabei wurde die „Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten“ – also Politik – nicht als etwas Fernes oder persönlich Unbedeutendes und Unwichtiges gesehen, sondern als etwas Positives und Nahes erfahren: als *Nahraumdemokratie*. Es erfolgte eine Erhöhung der Identifikation mit dem eigenen Gemeinwesen und seinen Einrichtungen. In vielen Projekten in Schafflund haben die Kinder und Jugendlichen bei öffentlichen Präsentationen am Ende von Zukunftswerkstätten stolz festgestellt: „Das haben wir für unser Dorf geschaffen!“ Sie empfanden sich dabei zunehmend als wertvolle und bedeutsame Mitglieder der Kommune. Nebenbei sei noch festgehalten, dass erfolgreiche Projekte wie dieses nachweislich ein wichtiger motivationaler Faktor sind und der Förderung von sozialer und politischer Phantasie und Neugier dienen.

Wir brauchen mehr solcher Beispiele. Gerade angesichts des rasanten Wandels in allen Lebensbereichen müssen junge Menschen frühzeitig darin gestärkt werden, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Um diese Wirkung zu erzielen, reicht es jedoch nicht aus, lediglich „ein offenes Ohr“ für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen zu haben. Vielmehr müssen Partizipationsprozesse so angelegt sein, dass junge Menschen auf sie betreffende Planungs- und Entscheidungsprozesse ihrem Alter und ihrer Reife entsprechend verbindlichen Einfluss nehmen können. Wir brauchen anspruchsvolle konkrete und umfassende *Partizipationsstrategien*. Wir brauchen eine neue *Partizipationskultur*, *Alltagdemokratie* und *Demokratie als Lebensform*. Auch neue Formen und Ansätze der lokalen Demokratie sind zu entwickeln und zu erproben.

Den deutlich gewordenen Widerspruch zwischen Politikdistanz und Engagementsbereitschaft unterstreicht auch das folgende Beispiel: In der erwähnten Bertelsmann-Studie „mitWirkung!“ lassen sich bei Jugendlichen vielfältige positive Motive für die eigene Beteiligung konstatieren. Sie begrüßen es sehr, wenn sie wie zuhause relativ viel beteiligt werden (Bertelsmann Stiftung 2006, S. 44, J12 – J13) und sie beklagen es sehr, wenn sie nicht genügend beteiligt werden, z. B. in der Schule (ebd. S. 51, J 22 – J 24) oder in der Kommune (ebd. S. 58, J 34 und J 35). Hochinteressant sind hier die Ergebnisse zur Differenz aus tatsächlicher und *potenzieller* Mitwirkung, die Ausdruck des Beteiligungswunsches sind (Mitwirkungspotenzial:

„Wenn die Möglichkeiten so wären, wie du sie gerne hättest, wie stark würdest du dann mitwirken?“ – J 48): Der Anteil der Jugendlichen mit Mitwirkungspotenzial liegt immerhin bei 78 % (Bertelsmann Stiftung 2006, J46, J48). Hier ist offenbar eine prozentuale Steigerung im Vergleich zur derzeitigen Mitwirkung bei allen Befragten um 100 % möglich! (Bertelsmann Stiftung 2006, S. 61).





### 3.2 Kinder und Jugendliche sind eine Ressource für die Weiterentwicklung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine schwedische Studie (Johansson 1996). Seit 1992 arbeiten etwa 400 schwedische Schulen an der Umgestaltung ihrer Schulhöfe. Schulgelände sind – so die diesen Umbau koordinierende Gruppe „Skolans Uterum“ – immer mehr entdeckt worden als neue Lernräume. Die Schulgelände werden gesehen als Lernräume für Umwelterziehung (hier beruft man sich auf die Agenda 21), als Spielraum einer Vielfalt von Aktivitäten, die die immer vereinzelter aufwachsenden jungen Menschen am Ende des 20. Jahrhunderts nötiger haben als jemals zuvor, als Platz für aktive Bürgermitbestimmung, als Platz für Schuldemokratie, nicht zuletzt als wertvolles, meist schlecht genutztes Gelände. Besonderer Wert wird auf die Entwicklung von Schülermitbestimmung gelegt, und zwar aus denselben Gründen, die bereits genannt wurden: Rückzug von immer mehr jungen Menschen aus Politik und Gesellschaft.

„Skolans Uterum“ stellt einen Zusammenhang zwischen Beteiligung und der Übernahme von Verantwortung her: Dies ist meine Schule, und ich bin stolz darauf. Die Umweltpsychologin Ann Johansson von der Universität Stockholm hat untersucht, welche Wirkungen die Mitwirkung von Schülern an der Umgestaltung ihrer Schule hat. Ihr wesentliches Ergebnis ist, dass Schulgelände immer mehr entdeckt wurden als neue Lernräume, als Platz für aktive Bürgermitbestimmung, als Platz für Schuldemokratie und dass sich die Einstellungen der Schüler hinsichtlich Verantwortung, Engagement und der Wahrnehmung von Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen in der Kommune generell geändert haben.

Die Schüler der Pilotschulen waren nicht nur sorgfältiger im Umgang mit ihrem Umfeld und im Unterricht als die Schüler anderer Schulen, an denen nichts am Schulhof getan wurde. Die Jugendlichen der Pilotschulen zeigten auch eine andere Einstellung gegenüber Autoritäten. Diese andere Einstellung könnten sie nach dieser Untersuchung vermutlich sogar mit in die Gesellschaft hinausnehmen. Die Schüler der Pilotschulen erlebten auch, dass sie – anders als diejenigen anderer Schulen – wegen der Gestaltung des äußeren Umfeldes größeren Einfluss auf die Gestaltung der Schule an sich haben. Die Befragten an den Pilotschulen meinten größtenteils, dass die Arbeiten zur Gestaltung des Schulhofes von Schülern sowie Lehrern gemeinsam durchgeführt und nicht in größerem Umfang an Unternehmen abgegeben werden sollten. Sie sind auch eher gewillt, in unterschiedlichen Arbeitsgemeinschaften mitzuwirken, wenn es darum geht, sowohl den Unterricht als auch äußeres wie inneres Umfeld an der Schule zu beeinflussen. (Johansson 1996) Das ist Nutzung von Potenzialen und Ressourcen von Jugendlichen! Und dies ist überall möglich.

### 3.3 Mangelnde Nutzung der Ressource Partizipation

Doch wie erfolgt die Nutzung von Potenzialen und Ressourcen der Jugendlichen faktisch? Wie werden real junge Menschen auf das „System Demokratie“ vorbereitet? Von ihnen wird erwartet, dass sie sich mehr oder weniger plötzlich mit 18 Jahren am demokratischen Leben beteiligen. Doch wo können junge Menschen Demokratie lernen? Wieso ist es nicht selbstverständlich, dass die öffentlichen Einrichtungen für Kinder durchgehend von allen möglichen Formen der Mitbestimmung und Beteiligung geprägt sind? Wo ist die Fülle pädagogischer Modelle zur Mitwirkung am Tagesablauf in Kindertagesstätten? Wie steht es um die Mitbestimmung in der Schule? Wie steht es um die Mitbestimmung von Kindern bei der Gestaltung von Spielplätzen und Sportanlagen? Wie steht es um die Mitbestimmung bei der Anlage von Radwegen, Fußgängerzonen, der Straßen- und Stadtplanung allgemein? Warum werden Kinder in der Regel bei Dorferneuerungen nicht gefragt?

Warum wird in der Bundesrepublik eigentlich immer noch so selbstverständlich auf die Einbeziehung der Wünsche und Ideen von Kindern und auch Jugendlichen bei allen Vorhaben verzichtet, von denen sie betroffen sind? Ist dann nicht das Erstaunen ein wenig heuchlerisch, wenn junge Menschen, die wenig Chancen gehabt haben, Demokratie im Alltag zu lernen, sich im Wahlalter dem parlamentarischen System in großer Zahl verweigern? Es ist Zeit in der Bundesrepublik für eine *Demokratieoffensive* auf ganz breiter Basis mit flächendeckenden Angeboten, mit lebensweltbezogenen und handlungsorientierten Formen einer sehr früh beginnenden politischen Bildung für Kinder, die schlicht Neugier auf Demokratie weckt. Was wir brauchen, sind eine neu akzentuierte Kinderpolitik und Lernorte für Demokratie.

Wir benötigen deshalb Beteiligungskonzepte für Kindertagesstätten, für Schulen, für die Jugendarbeit und die Kommune, eine soziale Infrastruktur, die Kinder und Jugendliche gruppen-, gemeinschafts- und gesellschaftsfähig macht, d. h. letztendlich politikfähig. Unterlassen wir dies, gefährden wir damit zugleich die demokratische Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, die auf sozial und politisch handlungsfähige junge Menschen angewiesen ist. Wir müssen einerseits anerkennen, dass Kinder und Jugendliche zunehmend als eigenständige Persönlichkeiten aufwachsen, andererseits muss gerade deshalb darauf Wert gelegt werden, dass Kinder und Jugendliche lernen, im Interesse gemeinsamer Ziele und Aufgaben miteinander und mit Erwachsenen zu kooperieren, ohne ihre Individualität aufgeben zu müssen.

Kinder und Jugendliche dürfen nicht mehr als *Objekte* von Planungen und Entscheidungen betrachtet, sondern müssen als *Subjekte* ernst genommen werden, mit denen ein Dialog über ihre Bedürfnisse und Wünsche zu führen ist. Letztlich geht es darum, wie es in dem dänischen Projekt „Kinder als Mitbürger“ formuliert wird, dass Kinder und Jugendliche erfahren: Demokratie ist keine Festansprache für besondere Anlässe, sondern eine Frage der täglichen Mitbestimmung (Stiftung Mitarbeit 1993, S. 14 ff. und Dansk Ungsdom Fællesråd 1993).

Es geht um das Erlernen von Demokratie nicht nur als politisches System, sondern als alltägliche Lebensform. So kann negativen Individualisierungsfolgen durch eine Wiederbelebung des lokalen Alltags entgegengesteuert werden. Der Alltag der Kinder und Jugendlichen selbst wird verändert, „kultiviert“: Lokale Alltagsmilieus werden revitalisiert – in den Umgebungen der Kinder und Jugendlichen, also in der Familie, dem Wohnumfeld, den Kindergärten, Schulen und Jugendzentren. Statt struktureller Passivierung wird also eine strukturelle Aktivierung angestrebt: Kinder und Jugendliche erobern sich ihren Einfluss auf die Gestaltung ihrer sozialen Umwelten zurück und werden dadurch in ihrem Selbstwertgefühl gestärkt.

Solche Forderungen erfolgen nicht im luftleeren Raum: Sie könnten sich die Tatsache zunutze machen, dass die oben beschriebenen jugendsoziologischen Trends in Wirklichkeit gar nicht so eindimensional, sondern wohl eher widersprüchlich sind: So ist die Bereitschaft zum unkonventionellen und freiwilligen Engagement nach wie vor vorhanden. Wie bereits erwähnt hatte ja bereits der Freiwilligensurvey von 1999 belegt, dass sich 37 % der Jugendlichen im Alter von 14 bis 24 Jahren durch ehrenamtliches Engagement auszeichnen (von Rosenblatt, 2000, S. 149).

### 3.4 Belebung des Gemeinwesens

Strukturelle Aktivierung und Beteiligung führen zu einer Belebung des Gemeinwesens. Ein hoher Aktivierungsgrad des ganzen Gemeinwesens zeigt sich z. B.: wenn eine Kinderfreundlichkeitsprüfung auf einer öffentlichen Einwohnerversammlung zu einem vollen Haus führt, also ernst genommen wird wenn beim Schulhofprojekt nicht nur die Schüler und Lehrer, sondern auch Hausmeister und viele Bürger (auch materiell) unterstützend tätig werden, wenn ein erstes Projekt dann so anregend wirkt, dass

immer neue und interessantere Anstöße, Projekte und Entwicklungen entstehen, die Ideen und Impulse nur so sprudeln und quer durch die Gruppierungen der Gemeinde alle mitmachen

### 3.5 Die Konsequenz: Nahraumdemokratie und Bürgergesellschaft

Wenn ein breiter Rückzug junger Menschen aus dem sozialen Leben zu verzeichnen ist, müssen Interventionsstrategien ebenfalls breit angelegt sein. Möglichst verschiedene Beteiligungsangebote sollten allen Kindern und Jugendlichen dort gemacht werden, wo sie sich für die Gestaltung ihrer Lebenswelt interessieren. Hierfür haben sich die Begriffe *Nahraumdemokratie* oder *Alltagsdemokratie* in der kinderpolitischen Diskussion durchgesetzt. Dabei darf es keine „Nischenprojekte“ für Kinder und Jugendliche geben, die aufgrund von Herkunft oder Bildung schon Vorteile gegenüber ihren Altersgenossen haben. Entscheidend ist, dass die Orte, an denen sich Kinder und Jugendliche täglich aufhalten, von einer so hohen Partizipationsqualität sind, dass politische, soziale und kulturelle Grunderfahrungen gemacht werden können, die die junge Generation dazu befähigen ihre Zukunft bewusst zu gestalten.

Die Forderung nach mehr Alltagsdemokratie für Kinder und Jugendliche ist ein wesentliches Projekt der „zweiten Moderne“: Von der Frage ausgehend, welche politischen Orientierungen und Gestaltungsräume in der individualisierten und globalisierten Gesellschaft der zweiten Moderne entstanden, entwickelte Ulrich Beck die folgende Argumentation: Zunehmende Individualisierung dürfe nicht länger verteufelt, sondern müsse als ein wünschenswertes und unvermeidliches Produkt der demokratischen Entwicklung in Deutschland erkannt werden. Was von vielen als Werteverfall diagnostiziert werde, erzeuge im Gegenteil Orientierungen und Voraussetzungen, welche – wenn überhaupt – diese Gesellschaft in die Lage versetzen könnten, die Zukunft zu meistern, denn die Menschen seien zukunftsfähiger als die gesellschaftlichen Institutionen und ihre Repräsentanten.

„Ohne den Ausbau und die Stärkung politischer Freiheit und ihrer Sozialform, der Bürgergesellschaft, läuft in Zukunft gar nichts. Dazu ist es zunächst wichtig zu erkennen: Wertewandel und Demokratieakzeptanz gehen Hand in Hand. Zwischen den Selbstentfaltungswerten und dem Ideal der Demokratie besteht eine innere Verwandtschaft. Viele Befunde, welche die Wertewandelforschung erbracht hat – z. B. Spontaneität und Freiwilligkeit des politischen Engagements, Selbstorganisation, Abwehr von Formalismen und Hierarchie, Widerborstigkeit, Kurzfristigkeit, auch der Vorbehalt, sich nur dort einzusetzen, wo man Subjekt des Handelns bleibt –, kollidieren zwar mit dem Parteiapparat, machen aber durchaus Sinn in Formen und Foren der Bürgergesellschaft“ (Beck 1997, S. 17 f.).

Partizipation ist dabei kein Wundermittel, das alle Probleme löst. Ganz im Gegenteil, sie hat sich auch in der Welt der Erwachsenen häufig als ein nur mühsam zu handhabendes Instrument der Willensbildung und der Entscheidungsfindung herausgestellt. Die Rückgewinnung des Politischen angesichts seiner Entgrenzung, angesichts der Überforderung des Staates, ihm in der komplexen Gesellschaft der Gegenwart ganz gerecht zu werden, verlange eine neue Arbeitsteilung von Staat und Gesellschaft, so Thomas Meyer. Manche der früher dem Staat zugewiesenen Aufgaben könnten wirksamer, besser, schneller und sachgerechter erledigt werden, wenn es in neuen Formen gesellschaftlicher Politik in der Arbeits- und Lebenswelt, in den Öffentlichkeiten der gesellschaftlichen Teilsysteme oder mitunter auch in kommunitaristisch inspirierten Bürgerinitiativen geschehe. „Die Schule ist eines der wichtigsten Handlungsfelder. Denn hier lernen Kinder und Jugendliche nicht nur, was die Erwachsenen über Politik reden, sondern sie haben so oder so Teilhabe an einer politischen Praxis, die im Ergebnis stärker auf sie wirken dürfte als alles, was im Unterricht über Politik gesprochen worden ist. Die Wiedergewinnung des Politischen kann eine neue Chance

für das Politische als Qualitätsbegriff sein. Es gibt keinen ernsthaften Grund, warum das Politische nur eine Verständigungspraxis zwischen Erwachsenen sein muss, denn die Kinder und Jugendlichen sind von den Entscheidungen, die ihrem Wesen nach politisch sind, in der gleichen Weise und oft noch viel mehr unentrinnbar betroffen wie die Erwachsenen selbst“ (Meyer 1996, S. 32 f.).

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist inzwischen unverzichtbarer Teil des großen Diskurses um das Leitbild *Bürgergesellschaft* geworden. Die gesellschaftspolitische Reformdiskussion greift dabei die immer begrenztere Leistungsfähigkeit und Belastung des modernen Staates (wirtschaftliche und sozialstaatliche Entwicklung auf dem Hintergrund der die Steuerungsfähigkeit einschränkenden Globalisierungsprozesse) auf und stellt den Bürger als Hauptverantwortlichen und eigenständig Handelnden ins Zentrum der Reformüberlegungen (Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ 2002).

„Bürgergesellschaft heißt, sich von der Vorstellung der Allzuständigkeit des Staates zu verabschieden, zuzulassen und zu fordern, dass Bürger in größerem Maße für die Geschehnisse des Gemeinwesens Sorge tragen. Bürgergesellschaft ist eine Gesellschaft selbstbewusster und selbstverantwortlicher Bürger, eine Gesellschaft der Selbstermächtigung und Selbstorganisation“ (Enquete-Kommission 2002, S. 76).

Meinhold-Henschel stellt auf diesem Hintergrund die „Rolle der Kinder als Mitgestalter der Bürgergesellschaft“ heraus. Sie betont dabei neben der Kinderrechtsargumentation die unverkennbare Tatsache der Individualisierung und Pluralisierung von Lebensläufen und Lebensformen und die auf dem Hintergrund der Internationalisierung der Bevölkerung sich verschärfende Notwendigkeit der Vermittlung von Werten und des Aufbaus sozialen Kapitals (Erziehung und Wertevermittlung durch Partizipation, Kinder und Jugendliche als Humanressource und zukünftiges Sozialkapital für die Gesellschaft). Meinhold-Henschel hebt auch den „demografischen Begründungszusammenhang“ hervor, der nicht nur Probleme der Systemstabilisierung, z. B. bei der Finanzierung der Sozialversicherungen, sondern auch die Frage der Generationengerechtigkeit hervor (Interessenausgleich zwischen Alt und Jung angesichts weniger verbleibender Ressourcen für die nachwachsende Generation (Meinhold-Henschel 2005c.).

## 4. Das neue Planungsparadigma: Beteiligung, Partizipation und Mitbestimmung in der Jugendhilfe

### 4.1 Einschränkungen in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen

In den letzten Jahrzehnten hat es permanent schleichende, aber im Endeffekt massive Einschränkungen in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen gegeben. Die mangelnde Kinderfreundlichkeit unserer Städte und Gemeinden ist nicht wegzudiskutieren. Es sei in diesem Zusammenhang nur auf die bahnbrechenden Untersuchungen von Baldo Blinckert im städtischen Raum – am Beispiel Freiburgs – erinnert (Blinckert 1993): Aktionsräume von Kindern verschwinden oder verschlechtern sich eklatant, Verkehrsprobleme nehmen zu – mit der Folge, dass die selbstbestimmte und unbeaufsichtigte Aufenthaltsdauer in den Aktionsräumen von Kindern rapide gesunken ist; mit der Folge der Zunahme des Fernsehkonsums, der Zunahme sozialer Kosten durch erhöhten Betreuungsbedarf usw. (Blinckert 1996; S. 143 ff., S. 168 ff.). Die Hoffnung, auf dem Lande sei es besser bestellt, hat sich durch eine Folgeuntersuchung Blinckerts im ländlichen Raum von Rheinland-Pfalz leider nicht bestätigt. Auch hier haben sich Lebens- und Aktionsräume und die Lebenswelt insgesamt dramatisch verschlechtert (Blinckert 1997, S. 41 f., S. 43 f., S. 60 ff.).

In Dänemark hat man aus solchen Entwicklungen schon früh Konsequenzen gezogen. Dort ist das Risiko für Kinder und Jugendliche, mit dem Fahrrad oder zu Fuß – z. B. auf dem Weg zur Schule – zu verunglücken, erheblich geringer als in der Bundesrepublik. Ein Grund ist auch, dass man schon Anfang der 80er Jahre partizipative Projekte wie z.B. in der Stadt Odense (Odense-Kommune 1994) auf der Insel Fünen startete und Kinder und Jugendliche an der Gestaltung ihrer Wege zur Schule, zum Sportverein, zur Schwimmhalle und zum Jugendzentrum beteiligte. Durch die intensive Zusammenarbeit des kommunalen Amtes für Verkehrswesen mit allen Schulen in Odense ist die Unfallzahl von Kindern und Jugendlichen innerhalb von zehn Jahren um ca. 80 % reduziert worden. Wie der für dieses Projekt zuständige Ingenieur bestätigt hat, ist diese verblüffend hohe Quote primär auf die phantasievollen, realistischen und intelligenten Lösungen der Kinder und Jugendlichen zurückzuführen. Kinder und Jugendliche sind also einerseits Betroffene, die an der Optimierung von Lösungen beteiligt werden müssen, und andererseits wohl auch dafür geeignet, denn sie sind offenbar Experten für hochrelevantes Lebenswelt-Wissen!

Wer auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Experten in eigener Sache verzichtet, bewegt sich also planerisch nicht ganz auf der Höhe der Zeit. Erforderlich sind eine lebensweltorientierte Planung und kommunikativ-partizipative Planungsansätze, die – wie die folgenden Ausführungen belegen – immer mehr zum Standard in der Architektur, Landschaftsarchitektur, beim Wohnungsbau sowie in der Stadt- und Gemeindeentwicklung geworden sind.

## 4.2 Lebensweltorientierte Planung

Bereits in dem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft in den 70er Jahren finanzierten Forschungsprojekt SPES (Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem) wurden Formen der politischen und sozialen Partizipation in einem umfassenden Sozialindikatortableau mit rund 200 Sozialindikatoren als einer der zehn wesentlichen Indikatoren bezeichnet (Zapf 1977). In diesem Zusammenhang bezeichnet Hans Thiersch Partizipation und Demokratisierung als Maximen einer lebensweltorientierten sozialen Arbeit. Partizipation und Demokratisierung wiesen in die Richtung der gemeinsamen Gestaltung in gemeinsamen sozialen Verhältnissen, wie sie im Kontext der Politisierung des Alltags ja nicht nur im Rahmen der Frauenbewegung, sondern als zentrale Aufgabe einer lebendigen Demokratie zu verstehen seien, und er leitet daraus Folgerungen für eine lebensweltorientierte Planung ab:

„Lebensweltorientierte Planung agiert im Kontext der Maßnahmenpalette des Gesetzes und des allgemeinen Wissens zur heutigen Struktur von Lebensverhältnissen und ebenso im Kontext der Maximen von Prävention, Regionalisierung, Alltagsnähe, Integration und Partizipation; darin aber ist sie regional; sie bezieht alle im Feld Agierenden ein, also alle sozialen und pädagogischen Institutionen, und vor allem Selbsthilfeinitiativen und ehrenamtliche Aktivitäten und – nicht zuletzt – die Adressaten selbst; solche Planung realisiert sich – unter Beiziehung von Fachexpertisen – gleichsam am runden Tisch der Region. Planung, so praktiziert, kann verstanden werden als Institutionalisierung einer zugleich kritisch-selbstkritischen und produktiven Dauerreflexion, Planung ist gleichsam Medium einer reflexiven Sozialen Arbeit und Jugendhilfe“ (Thiersch 1995, S. 29).

## 4.3 Diskursiver und kommunikativer Planungsansatz

Dieser diskursive und kommunikative Planungsansatz findet sich seit Langem wieder in der Diskussion unter Stadtplanern, Architekten und Landschaftsarchitekten. Der Mitwirkung möglichst vieler Beteiligter und Betroffener an Planungsprozessen komme in der gegenwärtigen Zeit, in der ein gesellschaftlicher Paradigmenwechsel

sich ankündige, aber noch nicht stattgefunden habe, große Bedeutung zu. Offene Planungsprozesse seien immer auch Lern- und Meinungsbildungsprozesse, so Jürgen Dietiker zu der gewandelten Rolle von Planern. Diese müssten bereit sein, sich auf demokratische partizipative Prozesse mit unvorhersehbarem Ausgang einzulassen. „In diesen Prozessen werden sie automatisch von Experten zu Beteiligten und in die gruppodynamischen Prozesse eingebunden. Sie werden als Person betrachtet, der Sinn und Zweck ihrer Arbeit, ihrer Werthaltung wird hinterfragt. Es gibt keine wertfreie Haltung mehr, es wird persönliches Stellungnehmen nötig“ (Dietiker 1996, S. 193).

Wolf Linder und Adrian Vatter weisen darauf hin, dass Partizipation als kommunikative Strategie einen Beitrag zur Offenlegung und Klärung von Interessen und Bedürfnissen, zur Erweiterung der jeweiligen Verhandlungsthematik, zur Entdeckung gemeinsamer Vorteilssituationen, zum Interessenausgleich und zum möglichen Kompromiss leistet. Sie betonen, das Interesse an Partizipation bei Planungsprozessen könne durch eine offene, direkte und laienfreundliche Informations- und Kommunikationspolitik gesteigert werden. Die Qualität des Informationsrücklaufs aus der Partizipation hänge direkt davon ab, ob die Planungsstelle früh, verständlich und direkt informiere. „Offene, direkte und kontinuierliche Informations- und Mitwirkungspolitik kann zwar die Zahl der Konflikte und Akteure erhöhen, die gleichzeitig in das Verfahren einzubetten sind ... Grundsätzlich zeigt sich, dass Konflikte in frühen Phasen der Planung leichter auszugleichen sind, ihre gleichzeitige Regelung mehr Ausgleichschancen eröffnet und spätere Vollzugswiderstände eher vermieden werden“ (Linder/Vatter 1996, S. 184; vgl. Maderthauer 1995).

Die Anforderungen, die hier für Partizipationsprozesse von Erwachsenen formuliert werden, gelten in gleicher Weise für Kinder. Reinhold Popp weist darauf hin, dass partizipative Planung immer zugleich auch politische Bildung ist. Im Kontext einer partizipativ-diskursiven Planung bestehe die Aufgabe der „Experten“ nicht darin, „für“ die Betroffenen zu handeln, sondern darin, in der Animation der jeweils problem betroffenen Bevölkerungsgruppen die Befriedigung ihrer Bedürfnisse in die Hände der Betroffenen zu geben.

„Während ‚technologische‘ Planung die ‚Betroffenen‘ auf die Rolle von ‚Konsumenten‘ der von den ‚Experten‘ ausgeklügelten Einrichtungen und Angebote reduziert, ist diskursive und partizipative Planung deutlich an der Aktivierung, letztlich an der Politisierung der Betroffenen interessiert. Eine partizipativ angelegte Planung, etwa von kommunalen Infrastrukturen mit Kindern, ist somit immer auch politische Bildung in ihrer elementaren Form als Lernen durch bedürfnisorientierte Aneignung der räumlich-materiellen Umwelt. Nicht so sehr die Feststellung der ‚Bedürfnisse‘ von planungsbetroffenen Personen interessiert also, sondern eben die prozessbezogene, handlungsorientierende und handlungsvorbereitende Klärung der Bedürfnislage einer jeweils konkreten Gruppe von Menschen, die von einem jeweils konkreten Problem in einem jeweils konkreten (räumlich-zeitlichen) Lebenszusammenhang betroffen ist“ (Popp 1992).

Eine umfassende Übertragung dieser *Beteiligungsphilosophie* auf die Jugendhilfe hat bereits vor über 10 Jahren in deutlichen Umfang stattgefunden und ist leider inzwischen teilweise in Vergessenheit geraten. Es lohnt sich, die seinerzeitigen Gedankengänge einmal nachzuzeichnen. Man findet sie z.B. wieder in einem Gutachten zum Modellversuch des Landesjugendamtes Rheinland „Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die Jugendhilfeplanung“ (Nildes/Kordfelder/Iffland/Szapka 1995). Die Autorinnen gehen davon aus, dass Teilhabe am sozialen Lebensgestaltungsprozess, die Mitwirkung bei sozialen und politischen Entscheidungen, die Mit- und Selbstbestimmung in Gruppen, Einrichtungen, Verbänden und Institutionen nicht nur unerlässliche Voraussetzungen für die Entfaltung der Person, sondern auch für das demokratische Gemeinwesen von großer Bedeutung sind. Deshalb müsse sich nicht zuletzt die

Jugendhilfe dem Anspruch der Partizipation stellen. Die Autoren unterscheiden zwischen der Partizipation als Ziel, nämlich der Herstellung von Teilhabe zur Verwirklichung des Leitbildes vom aktiven Bürger einerseits, und der Partizipation als Weg im Sinne der Ermöglichung und Sicherung von Mitwirkungsformen und gesellschaftlichem Engagement. Partizipation müsse deshalb sowohl innerhalb der Jugendhilfe als auch von der Jugendhilfe ausgehend angestrebt werden. Innerhalb der Jugendhilfe sei das Ziel die Ermöglichung der Teilhabe junger Menschen, der Weg die Sicherung von Mitwirkungsformen.

Ziel einer von der Jugendhilfe nach außen ausgehenden Partizipation sei die Grundlegung einer partizipatorischen Orientierung von Planungsprozessen, der Weg die Unterstützung für gesellschaftliches Engagement. Im Kontext der Jugendhilfe sei der Partizipationsgedanke auf drei Ebenen aufzunehmen: Jugendpolitik müsse Partizipation als Grundorientierung aufnehmen, das Jugendhilferecht müsse die Voraussetzungen der Partizipation sichern und die Jugendhilfepraxis müsse Handlungsräume für Partizipation sichern mit dem Ziel einer „selbstverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ (Nildes u. A. 1995).

#### **4.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerung: Qualität und Effizienz kommunaler Planungen und Entscheidungen verbessern**

Die vorangegangenen Ausführungen lassen folgenden Schluss zu: Wir haben einerseits massive Veränderungen in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Gleichzeitig beziehen wir die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen als Experten für hochrelevantes Lebenswelt-Wissen zu wenig ein, bitten sie zu wenig um Kritik und um Ideen und Verbesserungsvorschläge. Gleichzeitig wissen wir aus den modernen kommunikativen Planungsansätzen, dass bessere Problemlösungen durch Einbeziehung der Betroffenen möglich sind. Auch die Partizipation von Kindern und Jugendlichen führt zu einer Verbesserung der Qualität und Effizienz kommunaler Planungen und Entscheidungen. Die Nutzung der Expertenschaft von Kindern und Jugendlichen in Bereichen, die für sie überschaubar sind, die Nutzung der Ressourcen von vielen statt von wenigen, die Erhöhung der Menge und der Qualität des Ideen- und Vorschlags-Outputs für kommunale Vorhaben, die Reduzierung von Fehlerquellen, z. T. die Verbilligung, z. T. die bessere Qualität solcher Projekte, sind nicht zu übersehende Vorteile für die Kommune. Vor allem aber ist die größere Zielgenauigkeit bei Maßnahmen zu nennen. Wenn Kinder in einer Bürgermeistersprechstunde in Schafflund (siehe Abschnitt 3.1) genaueste Informationen über defekte Geräte auf Spielplätzen oder in Zukunftswerkstätten und Planungszirkeln anwesenden Planern und Fachleuten sehr genau und qualifiziert räumliche und technische Hinweise zur Ausgestaltung ihres Spielgeländes geben können, wird deutlich, auf welcher Ebene schon Kinder mitarbeiten können.

### **5. Das Integrationsargument**

Eine wesentliche Funktion, die der Bürgerbeteiligung von der Politikwissenschaft in der kommunalen Erwachsenenensphäre zugeschrieben wird, besteht in ihrer Integrationsleistung. Detjen kommt in seiner Analyse der Gemeindedemokratie zu der Einschätzung:

„Die partizipatorische Praxis kann bewirken, dass das Gemeindevolk einen Zusammenhalt entwickelt und ein enges Verhältnis zu seiner örtlichen Gemeinschaft gewinnt“ (Detjen 2000, S. 55). Das dürfte auch für Kinder und Jugendliche gelten. Die Wirkung dürfte wegen der möglicherweise noch größeren Lernfähigkeit und Offenheit auf Dauer vielleicht noch größer sein. Die positive Wirkung von Beteiligungsprojekten

auf die Identifikation mit dem Gemeinwesen ist einer der ersten Hinweise in der Evaluationsstudie von Knauer u. A. (2004, S. 132 ff., auch: Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein 2002, S. 14) zu den Beteiligungsprojekten der von Dieter Tiemann initiierten schleswig-holsteinischen Demokratie-kampagne.

Die Integrationswirkung ist keine Anpassung, sondern eine Bereicherung von Politik und Gesellschaft. Eine breite Identifikation mit dem eigenen Gemeinwesen kann auch Ausdruck eines positiven Lebensgefühls sein und damit indirekt auch eine Erhöhung der allgemeinen Lebensqualität für alle bewirken. Im Übrigen können sozialer Friede und das Image einer weltoffenen toleranten Gemeinde durchaus als Standortvorteil für eine Gemeinde und für die Gesellschaft insgesamt interpretiert werden (siehe Punkt 6.3).

Außer der gerade beschriebenen allgemeinen Integrationswirkung, die sich auf die Gesamtheit der Bevölkerung bezieht, gibt es noch eine zweite Integrationsleistung. Es geht um die Einbeziehung marginalisierter Teilgruppen im Gemeinwesen (wie z. B. der Migranten), um Problemgruppen, um den Dialog auseinanderdriftender Gruppen der Bevölkerung, die Abwehr von radikalen Haltungen, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Partizipation ist auch hier ein wirksamer Integrationsansatz. Die Identifikation mit dem Gemeinwesen führt zum Abbau von Extremismus und unsozialem Verhalten. „Eine ganz besondere Bedeutung kommt der allen bisher angesprochenen Punkten gemeinsamen Frage zu, wie durch Partizipation zur Fortentwicklung einer solidarischen und freiheitlichen Gesellschaft beigetragen werden kann. Dieser Punkt hat angesichts der Rasanz des gesellschaftlichen Wandels zentrale Bedeutung gewonnen. Denn die gegenwärtige Entwicklung ist in hohem Maße von Vereinzelungstendenzen, Intensivierung von Konkurrenzverhältnissen, Verunsicherungsgefühlen und Abnahme institutioneller Bindungen geprägt. Sie entspricht damit den Merkmalen des von Émile Durkheim Ende des 19. Jahrhunderts in die Soziologie eingeführten Konzeptes der Anomie. Im Mittelpunkt dieses Konzeptes steht die Feststellung, dass soziale Integration und kollektive Orientierungen nicht durch Veränderungen objektiver Lebenslagen an sich gefährdet werden, sondern durch die Geschwindigkeit der Veränderungsprozesse. Hierdurch verliert die kollektive Ordnung ihr Gleichgewicht ... Übertragen auf die heutige Situation ist zu fragen, wie durch Strategien der Beteiligung verhindert werden kann, dass schleichend (weitere) Schritte auf den Weg in die gespaltene Bürgergesellschaft eingeschlagen werden“ (Meinhold-Henschel 2005, S. 5).

Dass es im Rahmen von Beteiligungsprozessen zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Bürgern (jungen wie erwachsenen) und den Politikern bzw. der Verwaltung kommt, liegt ebenfalls auf der Hand. Insgesamt verbessert sich durch die der Beteiligung inhärente intensivere Kommunikation aller beteiligten Gruppen<sup>3</sup> schließlich das Gesamtklima im Gemeinwesen. „Partizipation stiftet Identifikation mit dem Lebensumfeld: Durch die frühe Erfahrung, das eigene Lebensumfeld mitgestalten zu können, wächst die Bindung an Stadt und Region. Dies ist ein wesentlicher Faktor, um junge Menschen nach Abschluss ihrer Ausbildungsphase als Einwohner (zurück-) zu gewinnen“ (Bertelsmann Stiftung 2004a, S. 3; Meinhold-Henschel 2005b, S. 5).

---

<sup>3</sup> Das war und ist zum Beispiel im erwähnten Fallbeispiel von Schafflund zu beobachten anhand der kontinuierlichen Weiterentwicklung der an vielen anderen Orten ja auch oft komplizierten Beziehungen zwischen den verschiedenen Schulen.



## 6. Das Nützlichkeitsargument: Was haben Gesellschaft und die Kommune noch davon?

### 6.1 Konfliktminimierung im Gemeinwesen – Vandalismusprophylaxe

Als eng zusammenhängend mit dem gerade genannten Integrationsansatz muss die besondere Wirkung von Beteiligungsstrategien auf die Reduktion von konkreten Konflikten und von Vandalismus im Kinder- und Jugendbereich gesehen werden. Partizipation als primäre Präventionsstrategie kann zu einer Konfliktminimierung im Gemeinwesen führen, weil Kinder, Jugendliche und ihre Eltern oft so etwas wie ein „Problem- und Konflikt-Radar“ sind. Sie sind sehr sensible Seismographen, die Schwierigkeiten und Probleme bereits in der Entstehung aufzeigen. Wenn man die Beteiligten aufmerksam beobachtet, sie ernst nimmt, viel mit ihnen redet und auf sie hört, kann man rechtzeitig wichtige Informationen sammeln. Statt bei Konfliktsituationen auf Konfrontationskurs zu gehen, kann man sie bei der Erarbeitung von Problemlösungen beteiligen. So kann es auch zur immer wieder angemahnten Vandalismus-Prophylaxe kommen. Dass Beteiligungsprojekte bei der Planung von Spielflächen nachweislich Gewalt und Vandalismus reduzieren, ist durch eine Studie der „Ständigen Konferenz der Gartenamtsleiter beim Deutschen Städtetag“ nachgewiesen worden: Spielflächen, bei denen „Partizipation bei der Planung“ erfolgte, haben sich eindeutig bewährt (Ständige Konferenz der Gartenamtsleiter beim Deutschen Städtetag 2001, S. 3 f., S. 8 f., S. 14, S. 19 f.; von der Haar 2001, S. 1 ff.). Auch in der Studie von Knauer u. A. zu den schleswig-holsteinischen Beteiligungsprojekten gab es deutliche Hinweise: In 32 % der untersuchten Projekte gab es Hinweise auf die Verringerung von Vandalismus durch Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Knauer u. A. 2004, S. 132 f.).

Die bereits erwähnte eindrucksvolle schwedische Studie geht in eine vergleichbare Richtung. Seit 1992 arbeiten etwa 400 schwedische Schulen an der Umgestaltung ihrer Schulhöfe. Die Umweltpsychologin Ann Johansson von der Universität Stockholm hat untersucht, welche Wirkungen die Mitwirkung von Schülern an der Umgestaltung ihrer Schule hat. Ein wesentliches Ergebnis war ja, dass sich die Einstellungen hinsichtlich Verantwortung, Engagement und der Wahrnehmung von Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen in der Kommune generell verbessert haben. Die Schüler der Pilotschulen sind aber auch sorgfältiger im Umgang mit ihrem Umfeld und im Unterricht als die Schüler anderer Schulen, an denen nichts am Schulhof getan wurde. Sie sind ferner der Meinung, dass es in die Verantwortung aller fällt, den Müll auf dem Schulhof aufzusammeln. Da auf den mitgestalteten Schulhöfen auch weniger Gewalt und Vandalismus auftraten, ist die Untersuchung von Ann Johansson auch ein Hinweis darauf, dass die Arbeit von „Skolans Uterum“ ein Ansatz zur Konfliktminimierung im Gemeinwesen ist (Johansson 1996).

### 6.2 Stabilisierung und Legitimation

Detjen hebt einen oft nicht klar kommunizierten, aber wichtigen Aspekt von Bürgerbeteiligung in Kommunen hervor: Bürgerbeteiligung trägt „ganz allgemein zur Legitimation der Politik und der politischen Institutionen bei. Wer sich politisch einmischt und von anderen hierin ernst genommen wird, wird die Ordnung, die dies ermöglicht, akzeptieren“ (Detjen 2000, S. 55). Das gilt mit noch größerer Schärfe für Kinder und Jugendliche. Die bereits erwähnten Untersuchungen zur Politikdistanz von Jugendlichen (siehe Abschnitt 2.3) erbrachten klare Hinweise darauf: Die Entfremdung von den politischen Institutionen muss auch etwas mit der Einschätzung von Jugendlichen zu tun haben, dass sie von der Politik nicht ernst genug genommen

werden und keinen Einfluss auf die politischen Prozesse haben (Bertelsmann Stiftung 2005). Umfassende Beteiligungsangebote könnten die Legitimation der politischen Institutionen erhöhen und zu einer Stabilisierung der Demokratie beitragen.

### 6.3 Partizipation als Standortfaktor

Alle oben genannten Aspekte und Wirkungen von Beteiligung sind ein zentraler Beitrag zu mehr Kinderfreundlichkeit. Und die wird zunehmend ein wichtiger Standortfaktor und hat somit auch ökonomische Folgen (siehe hierzu: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung der Universität Hannover 1998, S. 12 ff. und 47 ff.). Kommunale Planung sollte immer daran denken, dass Kinder- und Familienfreundlichkeit für Städte, Kreise und Gemeinden ein wichtiger Standortfaktor geworden ist, weil die Standortentscheidungen der Unternehmen sich immer mehr „auch an sozialen, kulturellen und ökologischen Bedingungen“ einer Kommune orientieren.

Sie sollte auch berücksichtigen, dass der Zuzug von Familien oder ihr Bleiben nachweislich vom kinderfreundlichen Gesamtklima der Kommune abhängen. Dass genügend Familien mit Kindern in der Kommune bleiben, ist auch deshalb wichtig, weil sie nicht zu unterschätzende Träger wirtschaftlicher Leistungen sind (durch Konsum und Steueraufkommen, aber auch dadurch, dass leistungsfähige Familien die öffentlichen Hände von sozialen Kosten entlasten). Leistungsfähige Familien und intakte soziale Netzwerke erbringen unverzichtbare Leistungen, die anders nicht erfüllt werden können. Sie wirken in den Städten, Gemeinden und Kreisen wie eine kleine – aber äußerst effiziente – soziale Infrastruktur. Ersatzleistungen müssten von der Gemeinschaft teuer bezahlt werden.

Kinder- und Familienfreundlichkeit hat also große Bedeutung für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben der Kommune. Die Kommune braucht Kinder und ihre Familien. Kinderfreundlichkeit wird zunehmend eine zentrale Bedeutung für die positive Weiterentwicklung von Kommunen gewinnen. Diese ist untrennbar verbunden mit einem ausreichenden und ernst gemeinten Grad an Partizipation.

Es ist nicht allein wichtig, dass man – wie in Schafflund mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Kinderfreundlichkeit der Gemeinde und der Beteiligung der Kinder an der Dorferneuerung – werben und so mehr Bauplätze verkaufen kann als anderswo.<sup>4</sup> Wichtiger ist, wenn in einem Dorf Folgendes gesagt werden kann: „Zwischenzeitlich ist die Beteiligung für die Kinder und Jugendlichen zur Selbstverständlichkeit geworden. ... Der befürchtete Wandel Schafflunds zu einem reinen Schlafdorf hat glücklicherweise nicht stattgefunden. Es ist zu beobachten, dass trotz des enormen Zuzugs junger Familien die Dorfbewohner sich mit dem positiven Image ihrer Gemeinde identifizieren.

Dies liegt insbesondere daran, dass die Eltern über die Aktivitäten der Kinder automatisch einbezogen werden. Die Gemeinde hofft, durch die Orientierung an den Bedürfnissen junger Menschen noch attraktiver zu werden“.<sup>5</sup>

Partizipation ist also auch ein Element von Standortpolitik: Durch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird alles in allem „die Qualität von Planungsprozessen verbessert und ein kinderfreundliches Umfeld geschaffen. Damit steigt die Attraktivität von Kommunen für Familien und ihre Kinder – angesichts des demografischen Wandels ein entscheidender Konkurrenzvorteil im Standortwettbewerb“ (Bertelsmann Stiftung 2004a, S. 3).

---

<sup>4</sup> Kinderfreundlichkeit und Partizipation als „Standortfaktor“ und Bestandteil von „Gemeindemarketing“.

<sup>5</sup> Resümee des Schafflunder Bürgermeisters zur Halbzeit des Modellprojektes „Dorf für Kinder – Dorf für alle“.

## 6.4 Effektivierung des politischen Systems: Regelung, Kanalisierung, Optimierung

Bürgerbeteiligung in der Erwachsenenwelt erfüllt „die Funktion einer Transmission bürgerschaftlicher Interessen in politische Entscheidungen. Besonders geeignet hierfür sind jene Beteiligungsinstrumente, welche die zunächst isolierten Interessen der Bevölkerung zu eindeutigen Handlungsoptionen zu aggregieren und mit Nachdruck den lokalen Entscheidungsträgern nahe zu bringen vermögen“ (Detjen 2000, S. 55). Das ist bei Kindern und Jugendlichen nicht anders. Deren Interessen, Wünsche, Ideen und Vorschläge müssen artikuliert werden können, müssen erkannt, gebündelt und priorisiert werden (Bolzplatz oder Halfpipe?). Dies ist – nebenbei – auch ein gesetzlicher Auftrag an die Jugendhilfeplanung (§ 80 KJHG) und verbessert die kommunale Planung. Kluge Politiker und Verwaltungen wissen das und werten diese Funktion nicht als Zumutung, sondern als modernes Steuerungsinstrument und Ausdruck zivilgesellschaftlicher Höherentwicklung (bürgerschaftliches Engagement von Kindern und Jugendlichen als Bestandteil einer breiten Mitbestimmungskultur).

## 6.5 Rekrutierungs- und Ausbildungsfunktion: Selektion des zukünftigen politischen Personals

Detjen schreibt der Bürgerbeteiligung in der kommunalen Demokratie als eine der wichtigen Funktionen auch die „Selektion des – zukünftigen – politischen Personals“ zu.

„Das zunächst punktuelle Engagement für ein bestimmtes kommunalpolitisches Anliegen wirkt als Training für die spätere Übernahme fester Verantwortungsrollen“ (Detjen 2000, S. 55). Dieses Argument ist bezogen auf Kinder und Jugendliche ebenfalls geäußert worden – nicht zuletzt von den politischen Parteien, aber durchaus auch von NGOs<sup>6</sup> (die deshalb teilweise auch Kinderorganisationen gegründet haben – wie etwa Greenpeace). Ebenso häufig ist dagegen der *Instrumentalisierungsverdacht* geäußert worden. Es ginge gar nicht um das Teilen und das wirkliche Mitbestimmen – Kinder und Jugendliche würden nur benutzt zum Machterhalt der eigenen Organisation. Es reiche allein, dass Kinder und Jugendliche Subjekte und Träger eigener Rechte seien (siehe dazu den Beitrag über die rechtliche Dimension der Beteiligung). Das ist zwar richtig, dennoch bleibt jede Demokratie auf die Rekrutierung und Ausbildung zukünftigen politischen Personals elementar angewiesen. Nur muss dies nicht über instrumentalisierende Partizipationsformen erfolgen. Ernst gemeinte, gute Beteiligungsprojekte mit wirklichen Einflussmöglichkeiten erfüllen die Rekrutierungs- und Ausbildungsfunktion ebenso – und dies noch besser!

Diese Positionierung darf nicht verwechselt werden mit der Diskussion des Aspektes „Vorbereitung auf die Bürgerrolle“ (siehe Abschnitte 3.1 und 3.2). Beides hängt aber zusammen (das Erlernen der Bürgerrolle bereitet durchaus auch auf Funktionen und Ämter vor).

## 7. Das Kompetenzargument: Können die das?

### 7.1 Entwicklungspsychologische Aspekte

Eine immer wieder diskutierte pädagogische Frage ist es, ab welcher Altersstufe Kinder mit welchen Formen der Partizipation beteiligt werden können, „ohne dass man sie überfordert oder ihnen Schaden zufügt. Eine eindeutige Antwort gibt es auf diese Fragen nicht, wird es wohl auch niemals geben können“ (Schröder 1995, S. 14).

---

<sup>6</sup> Gebräuchliche Abkürzung für Non Governmental Organisations

Dennoch hat gerade Schröder in einer umfassenden Untersuchung zur Kinderbeteiligung in der Stadtplanung festgestellt, dass Kinder im Alter ab 4 bis 6 Jahren ihre Meinung klar vertreten können (wenn es um ihren Wohnblock oder einzelne Spiel- und Aufenthaltsorte geht), im Alter ab 6 bis 10 Jahren ihren unmittelbaren Lebensbereich (Haus, Wohnumfeld) überblicken – auch wenn ihre Handlungen noch stark lustorientiert sind –, ab 10 Jahren eher zur Abstraktion fähig sind, Strukturen in Ansätzen erkennen und entwickeln können, zwischen eigenen und fremden Interessen stärker differenzieren und dass bei Kindern ab 14 Jahren Fähigkeiten, Strukturen zu abstrahieren, stärker entwickelt sind und sie in subjektiven und allgemeinen Kategorien denken können (Schröder 1996, S. 33). Unter Berücksichtigung des Entwicklungsstandes der jeweiligen Kinder, der Überschaubarkeit des Gegenstandes der Beteiligung, konkreter Orte des Beteiligens, hoher Transparenz des Verfahrens, einer kindgerechten zeitlichen Organisation und der Gestaltung von Beteiligung als Lernprozess dürfe, so Schröder, die Partizipation junger Menschen nicht als Modeerscheinung einer kleinen Subkultur von Kinderinteressenvertretern relativiert werden, sondern sei als ein sich immer stärker entwickelndes alltagsdemokratisches Element unserer Gesellschaft zu bewerten.

Von Kindern und Jugendlichen können keine planungsfertigen Beiträge erwartet werden. Aber sie sind oft eher als Erwachsene – besonders Fachleute – in der Lage, Denkschablonen zu verlassen, können manchmal kreativer und innovativer sein, sind oft befähigter bei Visionen und konkreten Gegenentwürfen zum Bestehenden (siehe hierzu: Internationale Bauausstellung IBA Emscher Park 1992, S. 20 f.). Hilfreich könnte folgende grobe Einschätzung sein, was die unterschiedlichen Altersgruppen zu leisten in der Lage sind:

- Kinder von 8 bis 10 sind eher lustorientiert: Zeichnungen, spielerische Ideen und Handlungen, Bastelmodelle, subjektive Texte.
- Kinder ab 10 Jahren sind schon eher fähig, zwischen eigenen und fremden Interessen zu differenzieren und Strukturen zu erkennen: Modelle, Zeichnungen, Übersichtsskizzen, konkrete Bauten, Objekte, Konstruktionen, auch technische und funktionsfähige Erfindungen.
- Kinder ab 14 Jahren können Strukturen abstrahieren, in allgemeinen Kategorien denken und architektonische Pläne, Skizzen oder Karten lesen. Sie können Modelle, Zeichnungen, 1:1-Umsetzungen und Installationen anfertigen. Erhebungen, schriftliche Stellungnahmen, bildliche Montagen und theatrale Inszenierungen sind für sie kein Problem. (Internationale Bauausstellung IBA Emscher Park, 1992, S. 20 f.)

Es gibt in der Literatur vielfältige Belege zu gelungenen Beteiligungen in der Bauleitplanung (Apel/Pach 1997, S. 128 ff.; Arbeitsgruppe Sozialplanung Mainz 1993; Blase/Sipos 1991, S. 13 ff., insb. S. 35; Internationale Bauausstellung IBA Emscher Park 1992; Ministerium für Bauen und Wohnen des Landes Nordrhein-Westfalen 1993, S. 30 f., S. 41, S. 46 f., S. 48 f., S. 50 f., S. 56, S. 72 f., S. 92 ff., S. 84 ff.; Schröder 1995, S. 106 ff.; Schröder 1996a; Stange 2001, S. 213 ff. u. 220 ff.; Stange 2004, S. 214 ff.; Stange 2008, 73 ff. u. 81 ff. u. 87 ff.). Diese Beteiligungsprojekte legen alleamt eine eher optimistische Einschätzung der Beteiligungskompetenzen von Kindern und Jugendlichen zugrunde.

„Zahlreiche neue Erkenntnisse aus den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften zeigen auf, dass Kinder und Jugendliche Kompetenzen und Fähigkeiten besitzen, die ihnen zu früheren Zeiten nicht zugetraut wurden. Ob es sich um umweltliches Wissen oder räumliche Fähigkeiten handelt, Kinder haben schon früh Kompetenzen entwickelt und können diese auch einsetzen, wenn ihnen mit geeigneten Methoden die Möglichkeit dazugegeben wird“ (Schröder 1996, S. 173).

Im Übrigen wird die – skeptisch motivierte – entwicklungspsychologische Dimension von Beteiligung insofern überschätzt, als man die unterschiedlichen Niveaus der Beteiligungsformen gar nicht berücksichtigt: Anhörungen, Fragen, Information usw. sind immer und auf jeder entwicklungspsychologischen Stufe möglich! Die elementarste Form der Beteiligung im Rahmen der Alltagspartizipation ist schließlich das „Zuhören“ (siehe dazu die Beiträge zu „Aushandlung und Alltagspartizipation“ in Band 3 dieser Reihe).

Schließlich gilt es auch festzuhalten: „Bei allem guten Willen zur Beteiligung von Kindern sollte nicht vergessen werden, dass auch demokratische Beteiligungsformen für Erwachsene zu überdenken sind. Vielleicht können Politiker und Planer von Kindern lernen, welche Formen der Beteiligung insgesamt bürgerfreundlich sind. Was gut für Kinder ist, ist oft auch gut für Erwachsene. Dieser Spruch gilt umgekehrt meistens leider nicht“ (Schröder 1995, S. 14).

## 7.2 Kinder profitieren: Partizipation als individuelle Bildungschance

Detjen weist in seiner Analyse der Gemeindeordnungen der Bürgerbeteiligung einen entscheidenden „Beitrag zur politischen Sozialisation oder politischen Erziehung zu“. Er ist der Meinung, dass „dieser Effekt am größten bei denjenigen ist, die einen Einwohnerantrag oder ein Bürgerbegehren initiieren, weil hier eine Einarbeitung in eine kommunale Problemlage erforderlich ist. Aber auch das Engagement in Parteien, Verbänden und Vereinen wirkt sich auf das politische Verständnis positiv aus. Dies gilt selbst dann, wenn man – mit geringem Aufwand an Zeit und Vorbereitung – eine Ratsitzung oder eine Einwohnerversammlung besucht oder überlegt, ob man einen Einwohnerantrag oder ein Bürgerbegehren unterschreiben soll“ (Detjen 2000, S. 55). Dieser für Erwachsene unterstellte Sozialisations- und Lerneffekt dürfte bei Kindern und Jugendlichen noch viel größer sein: In der empirischen Studie von Knauer u. A. gaben Jugendliche an, „in den Projekten gelernt zu haben, dass Einmischung in kommunale Entscheidungen möglich ist, und welche Strategien dabei erfolgreich sein können. Dies stärkte ihr politisches Selbstbewusstsein“ – neben dem Erwerb praktischer Kompetenzen, dem Zeigen von Engagement und Ernsthaftigkeit, der „Übernahme von Verantwortung“, dem „Erlernen demokratischer Spielregeln“, dem „Sammeln von Erfahrungen im Umgang mit demokratischen Prozessen in der Kommune“, dem „Vertreten ihrer Anliegen vor öffentlichen Gremien“ u. Ä. sehr entscheidende Lerneffekte. „Die Kinder lernten die öffentliche Verwaltung für ihre Interessen zu nutzen ... Die Zugangsschwellen zur Verwaltung wurden niedriger ... Und schließlich lernten sie auch, dass nicht alle Wünsche umgesetzt werden konnten.“ (Knauer u. A. 2004, S. 132 ff.; vgl. auch Bertelsmann Stiftung 2004 a, S. 3 und 2005, S. 33 ff.)

Diese Einschätzung teilt die Bertelsmann Stiftung, die im Rahmen ihres Projektes „mitWirkung!“ betont:

„Die Verwirklichung einer Kultur der Partizipation der Jugend an der Politik bietet für jeden jungen Menschen eine unverzichtbare Bildungschance. Die aktive Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen erlaubt Kindern und Jugendlichen den Erwerb wichtiger Gestaltungskompetenzen. Sie erhalten die Möglichkeit, ihre Lebensrealität von Familie, Schule, Jugendclub, Sportverein, Clique und anderen Faktoren positiv für die Gesellschaft zu nutzen. Jugendpartizipation schafft einen Raum für Anerkennung und ermöglicht somit Erfolgsmomente für den Einzelnen, die außerhalb der Schule liegen. Jugendliche, die sich ernst genommen fühlen, sehen sich in einer produktiven Rolle in der Gesellschaft“ (Bertelsmann Stiftung 2003, S. 3). Wenn Kinder und Jugendliche durch die aktive Teilnahme an Beteiligung, Mitwirkung und Mitbestimmung lernen „Verantwortung zu übernehmen“ und die Fähigkeit gewinnen, „ihre Standpunkte in Aushandlungsprozessen konstruktiv einzubringen“ (Bertelsmann Stiftung 2004a, S. 2), gewinnt die Argumentationsfigur der individuellen Bildungschance durch Partizipation weiter an Überzeugungskraft.

### 7.3 Das Praxisfeldargument: Beteiligung ist in allen Aktionsfeldern möglich

Der allererste Zugang zur Partizipation erfolgt sehr häufig aus ganz konkreten Aktionsfeldern (Orten der Partizipation) heraus. Die Themen (Inhalte) und Zielgruppen ergeben sich ebenfalls im Zusammenhang mit diesen Aktionsfeldern.

Der folgende Überblick zu nachweisbaren Aktionsfeldern (Orten) der Partizipation soll nicht beweisen, dass Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hier häufig erfolge. Darüber wussten wir bisher noch wenig, inzwischen aber einiges, z.B. zur Kommune, zur Schule, zur Familie (Bertelsmann Stiftung 2005, S. 13 ff.). Die Einzelheiten können hier nicht entfaltet werden. Das ist auch nicht weiter problematisch – geht es doch in diesem Abschnitt lediglich darum, einige Begründungsfiguren für Partizipation darzulegen. Die Argumentationslinie lautet in diesem Falle: Beteiligung muss nicht deshalb eingeschränkt werden, weil nur wenige Aktionsfelder für Kinder und Jugendliche vorhanden und geeignet seien. Wir verfügen im Gegenteil neben den ersten detaillierten empirischen Forschungsergebnissen zu diesen Aktionsfeldern auch über ausreichend dokumentierte Fallstudien und Praxisportraits, über äußerst erfolgreiche Projekte in einem breiten und bunten Gesamtspektrum von Aktionsfeldern (vgl. z. B. Deutsches Kinderhilfswerk 2004; Deutsches Kinderhilfswerk 2006, Brunsemann/Stange/Tiemann 1996; siehe auch den Beitrag zu den „Aktionsfeldern, Themen und Zielgruppen der Beteiligung“ in diesem Band und die Praxisportraits und Bausteine „Aktionsfelder der Partizipation“ in den Bänden 5 und 6 dieser Reihe).

Dabei zeigt sich, dass nicht nur Aktionsfelder wie der öffentliche Raum (Einkaufszonen, Wohnumfeld, Spielraum, Verkehr), Stadtteil (Stadtteilsanierung, Soziale Stadt usw.), das Dorf (Dorfentwicklung) oder die klassischen Felder der Jugendzentren, Kinderkulturhäuser, Schulen, Kindertagesstätten und Verbände (Sportvereine, Jugendverbände, Umweltschutz- und Naturschutzverbände) Orte von Beteiligungsvorhaben sein können, sondern sogar die kommunale Verwaltung und die politischen Institutionen und Gremien (insb. im Rahmen der Stadtplanung, Stadtentwicklung, Bauleitplanung usw.), das Jugendamt und der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfeplanung) sogar Beratungsstellen und Krankenhäuser. Nicht zu vergessen das breite Feld der selbstorganisierten Institutionen, Organisationen und Projekte von Jugendlichen: Youth-Bank, Schülerfirmen usw.

Beteiligung ist also möglich in einem sehr breiten Spektrum an Aktionsfeldern, die Teil des öffentlichen kommunalen Raumes sind!

### 7.4 Das Themenargument: Partizipation ist zu allen Themen (Inhalten) möglich

Gelegentlich wird angezweifelt, dass es genügend anspruchsvolle Themen für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen gäbe. Echte Beteiligung sei für eine eher schmale Auswahl geeigneter Inhalte denkbar, auf die man sich tunlichst zu beschränken habe. Auch in diesem Falle gilt: Wir wissen über das Spektrum der Themen und deren Häufigkeitsverteilung inzwischen einiges (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005b, 14 ff.). Auch hier verfügen wir zusätzlich über ein reichhaltiges Repertoire dokumentierter Fallstudien und Praxisportraits mit anregenden Projekten zu jedem der folgenden Gegenstände/Themen (vgl. z. B. Deutsches Kinderhilfswerk 2004; Deutsches Kinderhilfswerk 2006, Brunsemann/Stange/Tiemann 1996; siehe auch den Beitrag zu den „Aktionsfeldern, Themen und Zielgruppen der Beteiligung“ in diesem Band und auch die Praxisportraits und Bausteine in den Bänden 5 und 6 dieser Reihe).

Es ist ganz offenkundig, dass nicht nur Freizeitthemen, Medien- und Kulturarbeit, Beteiligung im Rahmen der Kern-Leistungen des KJHG (Hilfen zur Erziehung, Hilfeplan),

der Konzeptionsentwicklung für Jugendeinrichtungen, sondern auch im Umweltschutz- und Naturschutz, in der Präventionsarbeit, bei Gesundheitsprojekten und sämtlichen Themen der Stadtplanung und Stadtentwicklung (Bauleitplanung, Spielraum- und Spielleitplanung, Verkehrsplanung und kindgerechter Wohnungsbau) möglich sind. Dass Jugendhilfeplanungsprozesse immer noch nicht wirklich flächendeckend – auch in den „harten“ Bereichen – mit Jugendlichen praktiziert werden, mag da als Skandal erscheinen – angesichts der Tatsache, dass inzwischen Beteiligungsprozesse über die lokale Ebene hinaus bis hin in die Landesplanung (Stange 1999) und zur internationalen Ebene bekannt sind – nicht zu vergessen die mehr als reichhaltig vertretenen Themen im breiten Feld des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements von Jugendlichen!

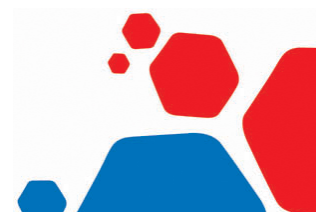
Wenn man dieses breite Themenspektrum betrachtet, kann die Argumentationslinie nur lauten: Beteiligung muss nicht deshalb eingeschränkt werden, weil nur wenige Gegenstände (Inhalte, Themen) für Kinder und Jugendliche vorhanden, geeignet oder möglich seien. Wie gesagt: In allen diesen Bereichen ist schon breit beteiligt und dokumentiert worden. Und das ist auch gut so, weil es sich hier sämtlich um Themen handelt, in denen wichtige spezifische Interessenlagen von Kindern und Jugendlichen aufgehoben sind. Und die gilt es sichtbar zu machen und zu vertreten.

## 7.5 Das Zielgruppenargument: Partizipation ist mit allen Gruppen möglich

Der Zugang zur Partizipation wird teilweise über eine ganz bestimmte Zielgruppe gewählt (statt über Aktionsfelder oder Themen). Allerdings gibt es auch bei diesem Zugang skeptische Grundhaltungen – etwa dergestalt, dass die Partizipationsfähigkeit bestimmter Zielgruppen infrage gestellt wird. Kann man mit geistig Behinderten ein Schülerparlament machen? Man kann! Kann man mit Problemkindern in Heimen mitbestimmungsfähige Strukturen aufbauen? Man kann! (Blandow/Gintzel/Hansbauer 1999; Kriener/Petersen 1999).

Beteiligungsprojekte sind also nicht nur mit den klassischen Zielgruppen Mädchen/Jungen, Kindergartenkindern, Schülern, Lehrlingen usw. durchgeführt worden, sondern auch mit Adoptivkindern, Pflegekindern, mit Kindern und Jugendlichen aus marginalisierten und sozial benachteiligten Familien (Migranten, ethnischen und sozialen Minderheiten, Spätaussiedlern, Flüchtlingskindern, Asylantenkindern, Sinti- und Roma-Kindern usw.) oder Schulschwänzern und Schulumüden usw.

Das alles soll nicht beweisen, dass der Entwicklungsstand der Beteiligung in Bezug auf diese Zielgruppen gut sei. Da wird man sich bei einigen der genannten Zielgruppen sicher einer kritischen Einschätzung nicht verschließen können. Hier stehen wir teilweise noch am Anfang. Jedoch: Auch hier sind so viel Material und Dokumentationen vorhanden (vgl. z. B. Deutsches Kinderhilfswerk 2004; Deutsches Kinderhilfswerk 2006, Brunsemann/Stange/Tiemann 1996; siehe auch den Beitrag zu den „Aktionsfeldern, Themen und Zielgruppen der Beteiligung“ in diesem Band und auch die Praxisportraits und Bausteine in den Bänden 5 und 6 dieser Reihe), dass es schwer werden dürfte, zu behaupten, mit bestimmten Zielgruppen seien Mitwirkung und Beteiligung nicht vorstellbar.



## 8. Zusammenfassung

Die Notwendigkeit, vor allem Kinder und Jugendliche viel stärker als bisher an gesellschaftlichen Weichenstellungen global und lokal zu beteiligen, wird besonders deutlich angesichts des extrem schnellen Wandels unserer Zeit. Eine an den Alltagsbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientierte Kinderpolitik muss von vielschichtigen Wandlungsprozessen in der Zukunft ausgehen. Die Tatsache des schnelleren Wandels ist unbestreitbar, Richtung und Geschwindigkeit lassen sich jedoch allenfalls erahnen. Eine verantwortungsvolle, zukunftsorientierte Kinderpolitik sollte deshalb Kinder und Jugendliche partizipativ auf mehrere Zukunftsalternativen vorbereiten, insbesondere auf Probleme, die durch den schnellen Wandel hervorgerufen werden – in der Hoffnung, dass ein antizipierter Wandel die Chance für eine politische Steuerung offen hält.

Von den gegenwärtig aktuellen Problemlagen wie z. B. ...Globalisierung und technologischer Wandel demografische Entwicklung mit Bevölkerungsabnahme und Alterung steigender Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund anhaltende Arbeitslosigkeit und Überlastung der sozialen Sicherungssysteme Finanzkrise der öffentlichen Kassen werden die heute Minderjährigen in besonderem Ausmaß betroffen sein. Die Elemente der sich abzeichnenden nachindustriellen globalisierten Gesellschaft werden höchst widersprüchlich, voller Brüche und Gegensätze wahrgenommen. Für die Kinder von heute gibt es kein komplettes Schema wie in traditionellen Gesellschaften, das sie übernehmen können.

Alle relevanten Umfragen und Untersuchungen belegen: Immer größere Teile der jungen Generation sehen für sich vor dem Hintergrund solcher Entwicklungen kaum Einwirkungsmöglichkeiten und fühlen sich den politischen Entscheidungen ohnmächtig ausgeliefert. Sinkendes Interesse an politischen Fragen sowie schwindendes Vertrauen in die Entscheidungsträger waren bzw. sind die Folge, mit anderen Worten: Politikdistanz und Politikabstinenz junger Menschen.

Grundsätzlich besteht innerhalb der jungen Generation jedoch immer noch eine große Bereitschaft, sich für gesellschaftliche Belange einzubringen. Der Anteil ehrenamtlichen Engagements z. B. ist bei der Altersgruppe der 14- bis 24-jährigen überdurchschnittlich ausgebildet. Allerdings kann das schlummernde Potenzial möglichen Engagements gegenwärtig viel zu wenig aktiviert werden. Offenbar fehlen jungen Menschen konkrete und ansprechende Angebote zur Partizipation. Es gibt jedoch inzwischen viele Beispiele dafür, dass dort, wo vor Ort interessante Beteiligungsmöglichkeiten vorhanden sind, diese von Kindern und Jugendlichen auch stark genutzt werden.

Bisher verzichtet die Gesellschaft leider weitgehend auf das Einbinden der Wünsche und Ideen von Kindern und Jugendlichen. Das Nutzen dieser brachliegenden Ressource wäre aber sinnvoll und zukunftsweisend. Außerdem besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen frühen Beteiligungserfahrungen eines Menschen und seinem Engagement für das Gemeinwesen im Erwachsenenalter. Bisher gibt es für Mädchen und Jungen viel zu wenige Möglichkeiten, vor dem 18. Lebensjahr Demokratie zu lernen bzw. praktisch zu erfahren. Die zu geringen Wahlbeteiligungen etwa von Erstwählern dürfen da im Grunde nicht verwundern.

In den vergangenen Jahrzehnten hat es schleichende, aber massive Einschränkungen in der Lebenswelt junger Menschen gegeben – in den Städten ebenso wie auf dem Land. Spielmöglichkeiten für Kinder sind immer schwieriger zu finden, es mangelt an Treffpunkten Jugendlicher, allgemein hat der Anteil selbstständigen Erlebens abgenommen. Hinzu kommt vermehrter Konsum von Fernsehen und Computerspielen. Dem könnte effektiv entgegengewirkt werden, wenn Kinder ihre noch vorhandenen



Lebenswelterfahrungen auf selbstverständliche Weise in Planungen und Entscheidungen einbringen könnten. Beispiele zeigen auf, dass Qualität und Effizienz politischer Entscheidungen ansteigen, wenn Kinder und Jugendliche bei der Gestaltung beteiligt waren.

Zudem erhöhen Beteiligungsprojekte die Identifikation mit dem Gemeinwesen. Junge Menschen ließen sich als aktive Bürger (zurück-) gewinnen. Dabei ist die konkrete Mitwirkung an sie betreffenden Entscheidungen als Ausdruck eines modernen, kommunikativen Planungsansatzes die eine Seite der Medaille. Die andere stellt die Vorbereitung auf das politische Erwachsenenleben und die zukünftige Rolle als Bürger in einer erweiterten Zivilgesellschaft dar.

Von Partizipation sind positive Impulse für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenleben zu erwarten. Ein kinder- und damit familienfreundliches Lebensumfeld ist als positiver Standortfaktor von Gemeinden zu werten.

Auch kann Partizipation speziell von Kindern und Jugendlichen als eine Chance auf individuelle Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten betrachtet werden. Wenn jungen Menschen die Möglichkeit geboten wird, ihre eigenen, durchaus vorhandenen Kompetenzen einzubringen, werden sie diese auch weiterentwickeln und ausbauen. Dass Partizipation im Prinzip an jedem Ort und mit den unterschiedlichsten Zielgruppen funktioniert, haben konkrete Erfahrungen bereits gezeigt.



## 9. Literatur

- Alemann, Ulrich von (1997): „Die Bedeutung vorparlamentarischer Beteiligungsformen für die kommunale Demokratie – ein Überblick“. In: Stiftung Mitarbeit. Hrsg. (1997): Bürgerbeteiligung und Demokratie vor Ort. Bonn
- Alemann, Ulrich von (1986): „Demokratie“. In: Mickel, Wolfgang. Hrsg. (1986): Handlexikon zur Politikwissenschaft. Bonn
- Apel, Peter/Pach, Reinhard (1997): Kinder planen mit. Stadtplanung unter Einbeziehung von Kindern. Unna
- Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe – AGJ. Hrsg. (1995): Stellungnahme der Koordinierungsgruppe der National Coalition zum Erstbericht der Bundesregierung zur UN-Kinderrechtskonvention. Sonderdruck Forum Jugendhilfe 2/95. Bonn
- Arbeitsgruppe Sozialplanung Mainz (1993): Kinderfreundlichkeitsprüfung im Bebauungsplanverfahren – vorläufiger Entwurf. Anhang 1. Mainz
- Arnim, Herbert von (1990): „Möglichkeiten unmittelbarer Demokratie auf Gemeindeebene“. In: Die Öffentliche Verwaltung 43
- Bartscher, Matthias u. A. (2007): Wie kann die Vertretung von Kinderinteressen dauerhaft und effektiv institutionalisiert werden? Kinder- und Jugendbüros, Kinderanwältinnen und Kinderbeauftragte. In: Stange, Waldemar (Hrsg.) (2007): Strategien und Grundformen der Kinder- und Jugendbeteiligung I: Stellvertretende Formen – Beteiligung an den Institutionen der Erwachsenenwelt – Punktuelle Partizipation - Alltagspartizipation. Münster
- BBDO-Werbeagentur (1993): Future Youth. Düsseldorf
- Beck, Ulrich (1997): „Kinder der Freiheit: Wider das Lamento über den Werteverfall“. In Beck, Ulrich. Hrsg. (1997): Kinder der Freiheit. Frankfurt am Main
- Bergmann, Christine (1999): „Wie können Staat und Gesellschaft die Entwicklung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen fördern und sichern?“ In: bmfsfj. Hrsg. (2000): Mehr Chancen für Kinder und Jugendliche: Stand der Perspektiven der Jugendhilfe in Deutschland. Bonn
- Bertelsmann Stiftung (2003): Themenfeld Demokratie und Bürgergesellschaft - Demokratische Werte verankern und Bürgerbeteiligung stärken: Initiative Young Democracy. Unveröffentlichtes Papier. Gütersloh
- Bertelsmann Stiftung (2004a): mitWirkung! - eine Initiative zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung. Projektbeschreibung. Gütersloh
- Bertelsmann Stiftung/Fatke, Reinhard/Niklowitz, Matthias/Schwarz, Jürg /Strothotte, Uta/Stutz, Melanie (2004b): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Ergebnisse einer Strukturdatenerhebung in 564 Städten und Gemeinden. Gütersloh
- Bertelsmann Stiftung. Hrsg. (2005): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Gütersloh
- Bertelsmann Stiftung (2006): mitWirkung! – eine Initiative zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung. Berichtsband zur empirischen Untersuchung. Gütersloh. Download: [www.mitwirkung.net](http://www.mitwirkung.net)
- Bertelsmann Stiftung/Hans-Böckler-Stiftung/KG Stiftung (2002): Junge Kommune – Strategien für eine zukunftsfähige Stadtgesellschaft. Netzwerk Kommunen der Zukunft. Leipzig
- Blandow, Jürgen/Gintzel, Ullrich/Hansbauer, Peter (1999): Partizipation als Qualitätsmerkmal in der Heimerziehung. Münster

- Blase, Dieter/Sipos, Veit (1991): „Kinderspiel in der Stadt- und Gemeindeplanung“. In: Klug, Hans-Peter/Roth, Maria. Hrsg. (1991): Spielräume für Kinder. Münster
- Blinkert, Baldo (1996): Aktionsräume von Kindern in der Stadt. 2. Auflage. Pfaffenweiler
- Blinkert, Baldo (1997): Aktionsräume von Kindern im ländlichen Raum. Pfaffenweiler
- Bohle, Hans-Hartwig./Heitmeyer, Wilhelm/Kühnel, Wolfgang/Sander, Uwe (1997): „Anomie in der modernen Gesellschaft – Bestandsaufnahme und Kritik eines klassischen Ansatzes soziologischer Analyse“. In: Heitmeyer, Wilhelm. Hrsg. (1997): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt am Main
- Borsche, Sven (1999): „Politik für Kinder – mit Kindern. Rahmenbedingungen einer Kinder- und Jugendhilfe sowie Familienpolitik an der Schwelle ins neue Jahrtausend“. Rede am 24./25. 3. 1999 in Leipzig. In: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe. Hrsg. (2000): Forum Jugendhilfe Spezial. Kinderrechte – Kinderpolitik. Bonn
- Brunsemann, Claudia/Stange, Waldemar/Tiemann, Dieter (1997): mitreden, mitplanen, mitmachen. Berlin und Kiel
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Hrsg. (1998): Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation von Kindern und Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland. Bonn (Download)
- Club of Rome (1979): Das menschliche Dilemma. Zukunft und Lernen. Wien und München
- Dansk Ungsdoms Fællesråd. Hrsg. (1993): Nærdemokrati: Unge med i billedet. Kopenhagen
- Detjen, Joachim (2000): Demokratie in der Gemeinde. Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik in Niedersachsen. Hannover
- Detjen, Joachim (2006): Instrumente der Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik in Niedersachsen – Was geben sie für Kinder und Jugendliche her? Unveröff. Papier. Eichstätt
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge. Hrsg. (1986): Handbuch der örtlichen Sozialplanung. Frankfurt am Main
- Deutsche Shell. Hrsg. (2002): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. Frankfurt am Main
- Deutsches Kinderhilfswerk (2004): Nachschlagewerk Kinderpolitik. Dokumentation beispielhafter Projekte, Erläuterungen, Adressen und weiterführende Literatur. Berlin Deutsches Kinderhilfswerk (2006): Kinderpolitische Landkarte. <http://www.Kinderpolitik.de/landkarte/content/index.html>
- Dietiker, Jürg (1996): „Auf dem Weg ins Dritte Jahrtausend. Gewandelte Rollen für Planer“. In: Selle, Klaus. Hrsg. (1996): Planung und Kommunikation. Wiesbaden und Berlin
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen
- Hart, Roger (1992): Children’s participation: From tokenism to citizenship. Florenz
- Heitmeyer, Wilhelm (1994): „Das Desintegrationstheorem – ein Erklärungsansatz zu fremdenfeindlich motivierter, rechtsextremistischer Gewalt und zur Lähmung gesellschaftlicher Institutionen“. In: Heitmeyer, Wilhelm. Hrsg. (1994): Das Gewalt-Dilemma. Frankfurt am Main

- Hurrelmann, Klaus (1994): Die Politikverdrossenheit ist in Wirklichkeit eine Politikerverdrossenheit. Unveröff. Manuskript. Bielefeld
- Hurrelmann, Klaus (o. J.): „Jugendliche an die Wahlurnen!“ In: Deutscher Bundestag – Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission). Hrsg. (1996): Wortprotokoll der Anhörung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zur Frage der Mitwirkungsrechte von Kindern. Montag, 05. 02. 1996, 10.00 – 14.00 Uhr, Bundeshaus. Bonn
- Hurrelmann, Klaus (1997): „Die ausgebremste Generation“. In: Greenpeace-Magazin, März/April 1997
- Internationale Bauausstellung IBA Emscher Park. Hrsg. (1992): Kinderfreundliche Siedlung. AKKI-Aktion und Kultur mit Kindern e. V., Planungsgruppe Stadt – Kinder. Gelsenkirchen
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung der Universität Hannover (1998): Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfung in den Kommunen: Erfahrungen und Konzepte. Abschlussbericht. Materialien zur Familienpolitik Nr.2/IES – Bericht 215.97. Bonn
- Johansson, Ann (1996): „Kontakt, Ansvar & Medinflytande“. In: Skolans Uterum. Hrsg. (1996): Nyhetsbrev 3/96. Stockholm
- Knauer, Raingard u. A.(2004): Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Wiesbaden
- Kriener, Martina/Petersen, Kerstin (1999): Beteiligung in der Jugendhilfepraxis. Münster
- Landesjugendreferat Österreich/Kommunale Beratungsstelle für Kinder- und Jugendinitiativen/Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie. Hrsg. (1994): Kinder- und Jugendbeteiligungsmodelle. Graz
- Linder, Wolf/Vatter, Adrian (1996): „Kriterien zur Evaluation von Partizipationsverfahren“. In: Selle, Klaus. Hrsg. (1996): Planung und Kommunikation. Wiesbaden und Berlin
- Maderthaner, Rainer (1995): „Soziale Faktoren urbaner Lebensqualität“. In: Keul, Alexander. Hrsg. (1995): Wohlbefinden in der Stadt. Weinheim
- Meinhold-Henschel, Siegrid (2005): „Kinder- und Jugendpartizipation in Kommunen – Ausgangslage und Zielsetzungen, Initiative mitWirkung!“ In: Klöckner, Christian/Paetzl, Ulrich: Kindheitsforschung und kommunale Praxis. Wiesbaden
- Meyer, Thomas (1996): „Das Politische und unser Zusammenleben im Alltag“. In: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Hrsg. (1996): Mittendrin und Außenvor – Kinderbeteiligung und Alltagsdemokratie. Düsseldorf
- Mickel, Wolfgang. Hrsg. (1986): Handlexikon zur Politikwissenschaft. Bonn
- Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein (2002): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune – vom Beteiligungsprojekt zum Demokratischen Gemeinwesen. Kiel
- Ministerium für Bauen und Wohnen des Landes Nordrhein-Westfalen. Hrsg. (1993): Bau- und Wohnhits von Kids. Unna
- Möller, Kurt (1994): „Jugendarbeit als Lösungsinstanz gesellschaftlicher Gewaltverhältnisse: Eine magische Inszenierung“. In: Heitmeyer, Wilhelm. Hrsg. (1994): Das Gewalt-Dilemma. Frankfurt am Main

- Nikles, Bruno W./Kordfelder, Angelika/Iffland, Ulrich/Szlapka, Marco (1995): „Gutachten zum Modellversuch des Landesjugendamtes Rheinland: Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die Jugendhilfeplanung“. In: Landschaftsverband Rheinland. Hrsg. (1995): Kinder und Jugendliche planen mit. Köln
- Odense-Kommune (1994): Skoleveje i Odense. Odense
- Pickel, Gert (2002): Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung. Opladen
- Popp, Reinhold (1992): Modernisierung durch Partizipation. Partizipative Freizeitplanung als Perspektive. Vortrag beim 13. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften, 18. 3. 1992. Unveröff. Manuskript. Berlin
- Presidency of the European Union (1996): Hintergrundpapier über die Beteiligung von Jugendlichen und örtliche Strukturen. Dublin
- Pressezentrum des Deutschen Bundestages. Hrsg. (1997): Heute im Bundestag. 10. 03. 1997. Bonn
- Rauschenbach, Thomas (1994): „Inszenierte Solidarität: Soziale Arbeit in der Risikogesellschaft“. In: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth. Hrsg. (1994): Riskante Freiheiten. Frankfurt am Main
- Rosenblatt, Bernhard von (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativbefragung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Bd. 1: Gesamtbericht. Hrsgg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Schriftenreihe des BMFSFJ, Bd. 194.1. Stuttgart, Berlin und Köln
- Salgo, Ludwig (1996): „Kinder- und Jugendrechte im internationalen Vergleich“. In: van den Boogaart, Hilde/Fenske, Jutta/Mankau, Gabi/Struck, Norbert/Trede, Wolfgang (1996): Rechte von Kindern und Jugendlichen – Wege zu ihrer Verwirklichung. Beiträge zum Frankfurter Rechte-Kongress. Münster
- Schaub, Horst/Zenke, Karl G. (1995): Wörterbuch zur Pädagogik. München
- Schmidt, Manfred G. (2004): Wörterbuch zur Politik. 2. Auflage. Stuttgart
- Schmidt-Behlau, Beate (1996): „Kinderrechte – jetzt erst recht!“. In: National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention (1996): NC-Infobrief 4. Bonn
- Schnapka, Markus (1992): „Kinder an die Macht?“ In: Jugendhilfereport 3/1992
- Schröder, Richard (1995): Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und -gestaltung. Weinheim und Basel
- Schröder, Richard (1996): Freiräume für Kinder(t)räume! Kinderbeteiligung in der Stadtplanung. Weinheim und Basel
- Schröder, Richard (2008): „Verkehr 2002 – Verkehrsbe(un)ruhigungen“. In: Stange, Waldemar (Hrsg.) (2008): Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Stadtplanung und Dorfentwicklung. Aktionsfelder - exemplarische Orte und Themen II. Münster
- Schülerduden (1992): Politik und Gesellschaft. 3. Auflage. Mannheim
- Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Frankfurt am Main und New York
- Stadt Schönebeck/Elbe (1993): Informationspapiere zum Thema: Träger öffentlicher Belange (TöB), Verkehrssicherheit, Schulwegpläne. Schönebeck

- Stadt Heidelberg. Hrsg. (1996): Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 – Diskussionsentwurf. Heidelberg
- Stadt Heidelberg. Hrsg. (1995): Kinder in der Stadt – Einblicke in Lebensfelder. Heidelberg
- Ständige Konferenz der Gartenamtsleiter beim Deutschen Städtetag (2001): Fragebogen Vandalismus. Hamburg
- Stange, Waldemar (1999): Projekt „ZeitSprung“ - Leitfaden zur Organisation von Zukunftswerkstätten. Im Auftrage der Staatskanzlei Schleswig-Holstein. Kiel
- Stange, Waldemar/Tiemann, Dieter: Alltagsdemokratie und Partizipation: Kinder vertreten ihre Interessen in Kindertagesstätte, Schule, Jugendarbeit und Kommune. In: Glinka, Hans-Jürgen/Neuberger, Christa/Schorn, Brigitte/Stange, Waldemar/Tiemann, Dieter u. A.: Kulturelle und politische Partizipation von Kindern – Interessenvertretung und Kulturarbeit für und durch Kinder, Leske und Budrich, Opladen 1999, Sachverständigenkommission Zehnter Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.): Materialien zum Zehnten Kinder- und Jugendbericht, Band 3
- Stange, Waldemar (2001): Partizipation von Kindern und Jugendlichen an der Dorfgestaltung und Stadtplanung. In: Oerter, Rolf/Höfling, Siegfried (Hrsg.): Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. München. S. 203 - 243
- Stange, Waldemar (2004): Beteiligungsprojekte für Kinder. In: Deutsches Kinderhilfswerk: Kinderreport 2004. S. 201 - 226
- Stange, Waldemar (Hrsg.) (2007): Strategien und Grundformen der Kinder- und Jugendbeteiligung I. Stellvertretende Formen – Beteiligung an den Institutionen der Erwachsenenwelt – Punktuelle Partizipation - Alltagspartizipation. Münster
- Stange, Waldemar (2008): Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Stadtplanung und Dorfentwicklung. Aktionsfelder - exemplarische Orte und Themen II. Münster. Beteiligungsbausteine - Band 6
- Stiftung Mitarbeit. Hrsg. (1993): Kinder als Mitbürger. Bonn
- Sünker, Heinz (2001): „Kindheit heute – die Zukunft von Kinderpolitik“. In: Güthoff, Fr./Sünker, Heinz. Hrsg. (2001): Handbuch Kinderrechte. Partizipation, Kinderpolitik, Kinderkultur. Münster
- Thiersch, Hans (1995): „Wohlfahrtsstaat im Umbruch – Perspektiven der sozialen Arbeit“. In: Trägerkreis des 1. Kinder- und Jugendhilfetages Baden-Württemberg. Hrsg. (1995): Wir gestalten in Zukunft mit. o. O.
- Tiemann, Dieter (1996): „Alltagsdemokratie und Kinderfreundlichkeit. Plädoyer für eine partizipatorische Kinder- und Jugendpolitik“. In: Unsere Jugend
- von der Haar, Regine (2001): Vandalismus auf öffentlichen Grünflächen – unvermeidbar oder veränderungsfähig? Unveröff. Papier. Langenhagen
- Wickert-Institute (1996): Wickert-Umfrage zum Weltkindertag 1996. Presseerklärung vom 18. 09. 1996. Illereichen
- Wintersberger, Helmut (1995): „Vom Mythos zur Realität“. In: Dr.-Karl-Renner-Institut, Kommunale Beratungsstelle für Kinder- und Jugendinitiativen. Hrsg. (1995): Viel zu laut ... und doch zu leise? Graz
- Zapf, Wolfgang. Hrsg. (1977): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main und New York

